

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Sonntagen.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Roton-  
 setze oder deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Dienstag, den 4. September 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 5121.

### Die Parlamentskrise.

— Wien, 2. September.

Die dreieinhalbjährige schlechende Parlamentskrise scheint nun endlich an einem entscheidenden Wendepunkt gelangt zu sein. Es ist nicht mehr möglich, sich mit Selbsttäuschungen die Zeit zu vertreiben, die Unheilbarkeit dieses Parlaments ist zu offenkundig geworden. Alles, worauf man Hoffnungen gesetzt hatte, hat versagt, alle Hilfsmittel haben sich als wirkungslos erwiesen. Man hat die Sprachen vorlage gemildert und man hat sie aufgehoben, man hat freie, hat unüberwindliche Besprechungen geführt, ein Sprachengesetz-Entwurf ist vorgelegt worden — aber nichts hat gekracht, gegenüber der Unbeweglichkeit des Parlaments versagte alles. Vier Minister sind entlassen worden — der rajende See der Obstruktion war nicht zu besänftigen. Das Parlament ist eben unheilbar krank; was immer für Arzneien angewandt wurden, es nützte nichts. Nun hieße weiter hoffen sich selbst belügen; statt Zeit zu gewinnen würde man Zeit verlieren. Zudem hat sich Herr v. Körber den Weg selbst versperrt. Er hat bekanntlich die Einberufung des Parlaments an die Bedingung geknüpft, daß sich alle Parteien zum Aufgeben der Obstruktion vorher formell verpflichten. Die Methode war falsch, denn selbst wenn es möglich wäre, daß die Junggehehen die selbstmörderische Obstruktionstaktik aufzugeben bereit wären, so ist es doch ausgeschlossen, daß sie ihre Nachgiebigkeit vorweg feierlich verbürgen können. Denn dann wäre ihre Einlenken kein freigelegter Entschluß, sondern eine erpreßte Kapitulation. Es ist nicht möglich, daß sich die Regierung über die Ausschlußfähigkeit ihrer Aktion hätte täuschen können; vielmehr macht ihr Vorgehen den Eindruck, daß sie bewußt daran gearbeitet hat, die Dinge zum Weichen oder zum Brechen zu bringen. Wie immer: daß sie nicht zu biegen gehen, daß die Junggehehen dabei beharren, das Parlament in Trümmer zu schlagen, weiß die Regierung, und also bleibt nichts übrig, als sie zu brechen.

Die Sachlage liegt nun so, daß entweder die Regierung oder aber das Parlament verschwinden muß. Entweder liegt die Schuld an der Unfähigkeit der Regierung — dann bleibt nichts übrig, als sie wegzuschleppen; oder der Schuldtragende ist das Parlament — dann muß man es zu den Toten werfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr v. Körber und seine Leute der Ueberzeugung sind, nicht sie hätten sich, sondern das Parlament habe sich blamiert; der Ausweg sei also nicht die Demission des Kabinetts, sondern die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Herr v. Körber hat diese Meinung schon in der berühmten Obstruktionssnacht vom 8. Juni gehabt; er rief schon damals die Auflösung an, und meinte, seiner Sache so sicher zu sein, daß er bereits das Auflösungsdekret schon unterschrieben hätte. In diesem Falle wäre eine Ministerkrise unvermeidlich, denn die Regierung hält alle weiteren Versuche mit diesem Parlament für so aussichtslos, daß sie an ihren Rat, das Haus aufzulösen, die Kabinettsfrage knüpfen wird. Die Entscheidung wird in den aller nächsten Tagen erfolgen; vielleicht ist sie heute schon gefallen. Der Kaiser ist gestern von Jihl gekommen und bleibt in Wien bis zum 10. September, an welchem Tage er sich zu den Manövern in Galizien begibt. In diesen acht Tagen wird sich also entscheiden, ob der Konflikt mittels eines Ministerwechsels verwickelt und vernebelt, oder ob er mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses in seiner vollen Schärfe entzündet werden wird. Für die erste Möglichkeit spricht nur das bedächtige, vor jeder schroffen Entscheidung zurückweichende Wesen des alten Monarchen; für die zweite sprechen alle politischen Notwendigkeiten. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß sich der Monarch trotz aller Bedenklichkeiten für den zweiten Weg entscheiden wird, daß somit die Lage des österreichischen Abgeordnetenhauses gezählt ist. Die Auflösung kann jeden Augenblick erfolgen.

So logisch sich die Gründe für die Auflösung des verbummelten und bis in die Knochen korrumpierten Parlaments anhören: daran, daß Neuwahlen die Situation nicht hellen, sondern die Wirren noch bedeutend steigern werden, kann dennoch ein Mensch mit gesundem Sinnen nicht zweifeln. Es klingt zwar ganz bestechend, von den überberatenden Abgeordneten, die das Parlament ruinieren, an das vernünftige Volk zu appellieren, daß das Parlament braudt und will. Aber in Oesterreich ist das doch nichts mehr als eine schlechtongebrachte Phrase. Erstens giebt es hier kein „Volk“, sondern sehr verschiedene Nationen, deren Wünsche und Ansichten einander direkt entgegengesetzt sind. Die Obstruktion der Deutschen erschien den Czechen als eine verbrecherische Feindschaft; dieselbe Ansicht haben nun die Deutschen über die Czechische Revolte. Die „Frage“ an das „Volk“ kann also keine andere Antwort bringen, als daß die Deutschen über die Czechische Verbrechen empört sind, daß aber die Czechen ihre Obstruktion als die Erfüllung einer heiligen, unabwehrbaren Pflicht erachten. Zum zweiten antwortet auf die Frage nicht das Volk, sondern die privilegierten Schichten, das vom Chauvinismus besessene Bürgertum, dessen Unvernuft es ist, die die Obstruktion erzeugt hat. Der Wahlkampf wird also nicht auf das Programm der nationalen Verständigung, sondern im Gegenteil auf das der nationalen Unversöhnlichkeit geführt werden. Sein Ergebnis kann auch kein anderes sein, als daß die noch halbwegs der Besonnenheit fähigen und zugänglichen Parteien der nationalen Bourgeoisien aufgerieben und an ihre Stelle die sogenannten Madifalen, das heißt die

nationalen Utopisten, treten werden. Wie sich die breiten Massen, die in den Käfig der fünften Kurie eingesperrt sind, im Wahlkampf nicht geltend machen können, so wird das nächste Parlament, fast ausschließlich von den Hurra-Rationalisten bevölkert, wieder die Beute des schrankenlosesten Chauvinismus sein. Die Auflösung ist also alles eher denn eine That; sie ist vielmehr das Produkt einer Verlegenheit, die sich nicht mehr zu helfen weiß. Es wird nicht der unlösliche Knoten zerhauen, sondern die letzten Bände werden zerrissen, die Oesterreich noch zu einem Staate knüpfen.

So sicher ist es, daß Neuwahlen nichts nützen können, daß sie neue und noch weit gefährlichere Wirrnisse heraufbeschwören müssen, daß man sich des Gedankens nicht entschlagen kann, die Regierung werde mit der Auflösung nichts anderes erreichen, als daß der Privilegienparlamentarismus endgültig ad absurdum geführt werde. Den „Erfolg“ wird sie auch erreichen; die Neuwahlen werden keinen andern Effekt — aber den freilich ausreißend — zeitigen, als daß die Unmöglichkeit des Privilegienparlamentarismus so evident hervortritt wird, daß sie niemand mehr bezweifeln kann. Oesterreich scheint eben nicht anders lernen zu können, als durch Dummheiten; es ist kein Verhängnis nur in Katastrophen vorwärts kommen zu können. Der lange und gefährliche Umweg ist aber durchaus nicht unvermeidlich. Wäre Herr v. Körber nicht ein kurzgewachsener Bureokrat, sondern ein Staatsmann, so wüßte er sich schon zu helfen. Er brauchte bloß das Parlament einzuberufen und den stützigen, im ganzen Lande verachteten Abgeordneten eine Wahlreform vorzulegen. Eine ernste und ehrliche Reform würde eine solche Summe gewaltiger Agitationskraft auslösen, daß die Herren Abgeordneten, die bisher die Politik als einen dummen Spaß betrachtet haben, wohl zu Kreuz kriechen würden. Könnte es aber geschehen, daß eine Reform, die dem Volk endlich giebt, was des Volkes ist, von dem privilegierten Klotz verzerret oder gar vereitelt werden würde, so wäre sicherlich der Augenblick gekommen, über dieses verlotterte, innerste, zum Spott gewordene Parlament hinüberzutreten. Die Rechtscontinuität in allen Ehren, aber die Continuität des Unrechts erweckt keine Ehrfurcht und verdient keinen Respekt.

### Aus der französischen Partei.

Paris, Ende August.

Es gärt und brodelt wieder in der französischen Partei. Als der sozialistische Einigungskongress im Dezember v. J. trotz der heftigen Kämpfe und Anstöße mit einem taktischen und organisatorischen Kompromiß geendet hatte, da durfte man hoffen, daß dieser Friedensschluß oder, wenn man will, dieser Präliminarfrieden nach und nach zu einem innigen und definitiven Frieden führen würde. Leider aber hat das Verhältnis zwischen den beiden streitenden Lagern eine andre Entwicklung genommen. Die seit dem Einigungskongress verfloffenen acht Monate waren mit fast unauflösbaren Reibungen, unaufhörlichen Konflikten innerhalb und außerhalb des Generalkomitees der Gesamtpartei ausgefüllt. Und am Vorabend des zweiten allgemeinen Parteitags ist die Stimmung haben und bräuen ebenso kriegerisch, wie am Vorabend des Einigungskongresses.

Die Hauptursachen davon liegen klar zu Tage. Hat Millerands Ministerchaft den Anstoß zur Einberufung des Einigungskongresses gegeben und damit die Anbahnung der Einigung beschleunigt, so hat sie andererseits den taktischen und organisatorischen Gegensätzen immer neuen Rindstoff zugeführt. Jede wichtigere gesetzgeberische und exekutive Maßnahme des Handelsministers wurde zum Gegenstand heftiger Diskussionen in der Presse, in Versammlungen, im Generalkomitee und in der Kammerfraktion. Aber Millerands beziehungsweise des Gesamtministeriums Handlungen und Unterlassungen ließen, wie gesagt, nur den Rindstoff; der stets sorgfältigste Feuerherd ist anderswo zu suchen, nämlich in den taktischen und vielleicht noch mehr in den organisatorischen Gegensätzen.

Es ist sehr schwer, die taktischen Differenzen zwischen der Richtung von Guesde und Bailant einerseits und der Jaures'schen andererseits mit konkreter Klarheit darzustellen, wenn man wie Schreiber dieses der Ansicht ist, daß es sich im Grunde genommen — d. h. was die Thaten und nicht die Worte betrifft — lediglich um verschiedene Schattierungen handelt, denen eine engere oder weitere Auffassung vom Klassenkampf und eine verschiedene Bewertung der Reformarbeit zu Grunde liegt. Den Worten nach freilich zu urteilen, die besonders in der letzten Zeit von haben und bräuen hochgelobt niederzulegen, wären die einen Verräter am Prinzip des Klassenkampfes oder gar des Sozialismus, während die andern sich zum primitiven, utopischen, jede Reformarbeit auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verwerfenden Revolutionarismus zurückgemauert hätten. Doch der reelle Inhalt der Meinungsverschiedenheiten kann erst auf die Dauer zur Geltung kommen, in der Hitze des Gefechts entscheidet dagegen leicht das, was von den Streitenden für den Inhalt gehalten wird. Dieser Umstand ist es, der nichts weniger als optimistische Abnungen über den Verlauf des bevorstehenden allgemeinen Parteitags aufkommen läßt.

Die sich gegenseitig bedingenden Uebertreibungen in Bezug auf die Taktik — die unerquidliche Frage nach dem Karnikel, das angefangen hat, lasse ich selbstverständlich beiseite — spizen sich noch weiter zu durch die allerdings reellen und schwerwiegenden Gegensätze in Bezug auf die Organisationsfrage. Vor allem ist es die stärkere guesdistische Sonderorganisation (die „französische Arbeiterpartei“), die der organischen Verschmelzung der sozialistischen Kräfte in einer Partei entgegenstrebt, während auf dem Gegenpol Jaures's Richtung für die Einigung kämpft. Die erstere erklärt nun, nur mit den „Klassenbewußten“ Sozialisten sich vereinigen zu wollen, die übrigen mit dem Schlagwort „ministeriell“ außerhalb der sozialistischen Gemeinschaft stehend, während die letztere in Bewußtsein ihrer proletarisch-sozialistischen Gesinnung den Versuch teils auf sektiererischen Fanatismus, teils und hauptsächlich auf den Egoismus der Sonderorganisation zurückführt.

Dies die beiderseitige Kampfstellung in den allgemeinen Umrisen. An der Hand des tatsächlichen Verlaufs des neuesten Kon-

flikts will ich versuchen, sie zu einem konkreteren Bilde auszugestalten.

Der neueste akute Konflikt datiert seit der Kammerfraktion vom 15. Juni, in welcher die Interpellation über die Megelei von Chalons sur Saone behandelt wurde. Wie seiner Zeit berichtet, haben 22 sozialistische Abgeordnete gegen die Veranlassung einer parlamentarischen Enquete über die Megelei votiert, welche von den links-socialistischen Abgeordneten und dem linksradikalen Abg. Verthelot, einem Ueberläufer aus der sozialistischen Fraktion, der mit dem Rationalisten Liebängelt, beantragt wurde. Das überraschende Votum der 22 erklärt sich daraus, daß, wie schon Verthelots Auftreten zeigt, die nationalistisch-ordnungsparteiliche Opposition die Enquete als ein Ministersturzmittel gierig aufgriff, und tatsächlich haben die 22 an jenem Tage das Ministerium um den Preis eines principienwidrigen Votums gerettet. Später stellte sich übrigens noch heraus, daß der guesdistische Abgeordnete Zévass, der Haupturheber des Enquete-Antrags, in der vorausgegangenen Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion von seinem Antrag kein Wort hatte verlauten lassen, was beiläufig die Verlegung eines früheren Beschlusses des Generalkomitees war. In der gleichen Kammerfraktion vom 15. Juni haben ferner 19 von den erwähnten 22 Abgeordneten mit für einen nationalistischen Zusatz zur Vertrauensformel gestimmt, der den Sozialismus als eine den Arbeitern gefällte Falle verurteilte, nachdem sie denselben Zusatz in der Einzelabstimmung natürlich verworfen hatten. Der Zusatz zur Vertrauensformel stellte wiederum auf den Ministersturz ob, da ohne die sozialistischen Stimmen auch die Vertrauensformel wieder fraglich wurde. Während nun die Meline und Konforten in der Gesamtabstimmung die Verurteilung des Sozialismus ablehnten, wurde sie von 19 Sozialisten votiert.

Das Generalkomitee votierte hierauf mit 43 gegen 8 Stimmen (diejenigen von Jaures, Charles Longuet und Viviani) bei einer Enthaltung und einem Abweichen eine Resolution, welche die betreffenden Abgeordneten „mißbilligt, weil sie politischen Rücksichten die höheren Grundsätze des Sozialismus, die auf dem allgemeinen Kongress vom Dezember 1899 acclamiert worden waren, geopfert haben“. Außerdem beschloß das Komitee, „den Fall dem nächsten allgemeinen Parteitag zu unterbreiten, damit dieser in letzter Instanz urteile und die nötigen Maßnahmen treffe, um ein einheitliches Votum der Erwählten in Bezug auf die Grundsätze und die allgemeine Politik der sozialistischen Partei zu sichern.“

Die mißbilligten Abgeordneten veröffentlichten ihrerseits einen von 21 Namen, d. i. der absoluten Mehrheit der Fraktion, unterzeichneten Aufruf, worin sie in scharfen Wendungen das Generalkomitee der Parteilichkeit beschuldigen („der Feindseligkeit gegen Genossen, die mit Recht über taktische Fragen anderer Meinung sind“), die Hauptfehler in Bezug auf das Enquete-Votum dem gekennzeichneten Zévass zuschreiben, den einseitigen Tadel des Generalkomitees hervorheben, welches letzteres von den einen die „Unheilbarkeit“ verlange, ohne von den andern die „Gerechtigkeit“ zu verlangen, den Vortour der Prinzipienverkennung abwehren, da es sich in dem Votum über den nationalistischen Zusatz nur um ein schloßes parlamentarisches Manöver gehandelt hätte, und mit den Worten schließen: „Das Licht der vom allgemeinen Kongress proklamirten sozialistischen Grundsätze und die in ihnen enthaltene Kraft werden und bis zu Ende leuchten und strahlen.“

Gleichzeitig veröffentlichte der Sekretär der Kammerfraktion zwei von vier mit 21 gegen 15 Stimmen bei 8 Enthaltungen gefaßten Beschlüsse. Der erste Beschluß verlangt — unter Hinweis auf die umgekehrte, der tatsächlichen Stärke der einzelnen Richtungen nicht entsprechenden Vertretungsweise auf dem vorjährigen Kongress und folglich im Generalkomitee — eine strenge Pandoprüfung, die ausschließliche Vertretung von Gruppen, die mindestens seit einem Jahre bestehen und 25 Mitglieder zählen, die nur einmalige Vertretung derselben Mitglieder u. dergl.

Der zweite Beschluß verlangt eine proportionale Vertretung der auf dem Kongress ausgesprochenen Meinungen (ohne Rücksicht auf die Sonderorganisationen, die den Willen ihrer Anhänger fassen“ könnten) innerhalb des Komitees und ein Verbot für die Mitglieder des Generalkomitees, unter der Strafe des sofortigen Ausschlusses, einen Parteigenossen anzugreifen, — und definiert die Kompetenz des Komitees wie folgt: „Das Generalkomitee soll zum Auftrag haben, sich mit der Verwaltung, der Propaganda und dem Einvernehmen (zwischen den verschiedenen Elementen) zu befassen, nicht aber soll es der Censor der Erwählten sein, die nur vom allgemeinen Wahlrecht abhängen.“ In den Erwägungen wird noch behauptet, daß die Sozialisten ohne Prinzipienverletzung nicht eine diktatorische Macht aufrichten könnten, die den Anspruch hätte, sich an Stelle des allgemeinen Wahlrechts zu setzen.“

In Verantwortung auf die beiden Kundgebungen der Fraktionsmehrheit faßte das Generalkomitee — diesmal einstimmig — eine längere Resolution, worin zwei Hauptpunkte hervorzuheben sind. Erstens wird das Wahlbilligungsvotum des Komitees dagegen verworfen, eine Parteinarbeit für den einen oder den andern Teil der sozialistischen Kammerfraktion zu bedeuten. Es habe sich nur um eine Zurückweisung zu den Prinzipien gehandelt, der das Komitee übrigens „keineswegs die Form eines definitiven Urteils gegeben, indem es vielmehr an den Kongress appelliert. Das Komitee hat eine die Zukunft des Sozialismus gefährdende Tatsache gekennzeichnet, damit sie sich nicht wiederhole. Es hat Genossen gewarnt (avertit), keineswegs aber gebrandmarkt.“ Zweitens widerlegt die Resolution den Einspruch der Fraktionsmehrheit gegen das vom Einigungskongress beschlossene Kontrollrecht des Generalkomitees über die gewählten Parteivertreter, sowie die jeder sozialistischen Organisation und dem eigenen Willen der sozialistischen Wähler zuwiderlaufende Ansicht, daß die Deputierten nicht vor der Partei-Organisation verantwortlich wären, sondern vor der bogen, nicht organisierten Wählermasse.

Diese, am 11. Juli gefaßte einstimmige Resolution des Generalkomitees hat fürs erste dem akuten Stadium des Konflikts ein vorläufiges Ende gesetzt. Daß aber die guesdistische Arbeiterkongress beschlossene Kampfboden weiter auszuweiten suchte, versteht sich von selbst. Letzteres ist mit besonderem Eifer auf dem Regionalkongress der Föderation des Norddepartements geschehen, der sich am 8. August in Caubry unter Jules Guesdes Vorsitz versammelte. Die stärkste und einflussreichste Organisation der Arbeiterpartei erklärte da den „ministeriellen“

Socialisten förmlich den Krieg. In Bezug auf den kommenden allgemeinen Parteitag wurde beschlossen: 1. Von neuem das Prinzip des Klassenkampfes zu bekräftigen, das den Arbeitern ausschließlich nur die Eroberung von Wahlfunktionen gestattet und damit den Socialisten die Teilnahme an einer bourgeois Regierung verbietet; 2. die von den sogenannten unabhängigen Socialisten besetzte ministerielle Politik zu bekämpfen und zu verurteilen als im Widerspruch zum Klassenkampf und zu den Interessen des Proletariats stehend, eine Politik, die besonders in der letzten Zeit an der Einschränkung, Verurteilung und Ermordung der Arbeiter mitschuldig geworden ist; 3. die sogenannten unabhängigen socialistischen Deputierten zu brandmarken und zu verurteilen, die während der Interpellation über das Verbrechen von Chalons-sur-Saone sich auf die Seite der Schlichter des Proletariats gestellt und die „kollektivistischen Lehren“ mihiligt, d. h. verzeignt, „als eine den Arbeitern gestellte Falle“; 4. alle Vorschläge abzulehnen, die bezwecken würden, sei es die Klassenpolitik des Proletariats, dessen unmittelbares Ziel die Eroberung der politischen Gewalt, auf Irrwege geraten zu lassen oder zu kompromittieren, sei es im gegenwärtigen Stand der Dinge die mächtige Organisation der französischen Arbeiterpartei zu brechen; 5. die Union, in Erwartung der Einheit, nur mit den Socialisten zu beschließen, die die Bourgeoisie bekämpfen und mit ihr nicht zusammen regieren, mit einem Wort, nur mit Socialisten, die die gleiche Taktik, das gleiche Programm und das gleiche Ziel haben; 6. in allen Dingen sich durch die Beschlüsse unserer Kongresse leiten zu lassen und den Triumph der französischen Arbeiterpartei anzukämpfen, deren Methode und Aktion seit mehr als 20 Jahren die Arbeiter erzogen und organisiert haben und die einzig geeignet sind, in einer nahen Zukunft ihre vollständige Emanzipation herbeizuführen.

Die kriegerische Resolution proklamiert also die guesdistische Richtung als die einzige vollständige Vertreterin des Socialismus — auch gegenüber den in gewissen taktischen Fragen abweichenden revolutionären Socialisten der Balkanländer und der allemanischen Organisation — und läßt die organische Einigung der Gesamtpartei an die unerfüllbare Vorbedingung des „Triumphes“ der guesdistischen Sonderorganisation. Und bei der entscheidenden Rolle, die die Nordföderation innerhalb dieser Organisation spielt, sowie in Anbetracht des persönlichen Einflusses von Guesde, darf man von vornherein sagen, daß der vor dem allgemeinen Parteitag stattfindende guesdistische Landeskongreß die Beschlüsse der Nordföderation zu den seinigen machen wird. Es ist daher begrifflich, daß Jaurès die Kriegserklärung von Gaudry mit einer eingehenden Kritik der guesdistischen Richtung beantwortet hat.

Eine Wiedergabe der Jaurès'schen Artikkels würde weit über den Rahmen dieses bereits lang gewordenen Artikels hinausgehen. Nützlich werden die betreffenden Streitpunkte auf dem allgemeinen Parteitag in Rede und Gegenrede behandelt werden. Es sei nur bemerkt, daß Jaurès' Kritik in dem Maße zupflicht, daß die Guesdisten weder eine revolutionäre noch eine reformerische Politik hätten. Ersterer nicht, weil sie sowohl die blaugraue revolutionäre Aktion, wie den modern-proletarischen Generalstreik (der von Jaurès, wie von Bailant und Allemane anerkannt wird) verwerfen; letztere nicht, weil sie, trotz ihrer mannigfachen Minimalprogramme, jede Reform auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für unmöglich hielten und daher die Reformen in die Zeit nach der Revolution verlegten. Diese Schlussfolgerung ist meines Erachtens, trotz mancher guesdistischer Aeußerungen und Beschlüsse (besonders aus den letzten Zeiten), ebenso begründet, wie die von den Guesdisten wider Jaurès' Richtung erhobene Beschuldigung, das Prinzip des Klassenkampfes zu verleugnen. Selbst die äußerste Rechte des französischen Socialismus, die, wohlgerichtet, mit dem Standpunkt von Jaurès nicht zu identifizieren ist, thut das nicht. Und die neuen Seitenprünge des opportunistischen Flügels würden mit Millerands Ministerkammer aufhören.

Jedenfalls aber ist das sicherste Mittel gegen alle opportunistischen Anwandlungen eine immer innigere und festere Einigung der Gesamtpartei, während Bannflüche und Kriegserklärungen, die die bereits erlangte Einigungstufe wieder in Frage stellen, das gerade Gegenteil dessen, was eine proletarisch-revolutionäre Taktik bezwecken muß, herbeiführen können.

## China.

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet folgende Meldung: Die Bildung eines weiteren Expeditionscorps für China ist in Aussicht genommen, wozu natürlich das in sicherer Aussicht stehende Dementi dieser Nachricht nichts ändert. Mitbestimmend für diese Absicht dürften die neuesten Ereignisse auf dem chinesischen Kriegsschauplatz (Nanking) etc. sein. Die Formierung dieses Corps wird nicht allzu große Schwierigkeiten machen, und auch für den Transport sind genügend Schiffe vorhanden. Wie bei dem jetzt in Ausreise begriffenen Corps wird der neue Nachschub wiederum zum Teil aus Mannschaften der Reserve bestehen. Die Bezirkskommandos nehmen noch immer Meldungen solcher Leute entgegen und unterziehen sie auch der ärztlichen Untersuchung auf Tropenkrankheitsfähigkeit. Im übrigen sind bei der Truppe wie bei den verschiedenen Bezirkskommandos so viel tropenkrankheitsfähige Leute vorgemerkt, daß mit Leichtigkeit ein Corps von 10—15 000 Mann zusammengestellt werden kann. Die Bekleidung und kriegsmäßige Ausrüstung könnte auch in kürzester Zeit vollzogen werden, da die in Frage kommenden Fabriken und Firmen noch immer beschäftigt sind.

Fast sämtliche Berliner Abendblätter nahmen von dieser Mitteilung keinerlei Notiz. Dennoch ist sie glaubwürdig. Bei den Stimmungen, die in maßgebenden Kreisen herrschen, ist alles möglich.

Die deutsche Chinapolitik wird täglich unheimlicher. Je mehr andere Staaten Friedensandahnung wachen, um so hitziger betreiben wir Kriegsrüstungen. Und das alles unter Nichtachtung der Rechte der Volksvertretung!

### Die Haltung der Mächte.

Der „Rdn. Ztg.“ wird offiziös aus Berlin gemeldet: „Sämtliche Mächte beauftragen ihre Gesandten, sich darüber zu äußern, ob solch ein folgenschwerer Schritt, wie die Räumung Peking's, ratsam sei oder nicht. Ihre vor allem in Betracht kommende Meinung solle abgefordert werden, bevor weitere Entscheidungen fallen. Ueber die veränderte Haltung Rußlands sagt das Blatt, Rußland, das demnächst über 187 000 Mann in Ostasien verfügt, wolle vielleicht sein Pulver für etwaige Möglichkeiten in Korea trocken halten, vorläufig aber China zur Dankbarkeit verpflichten in der Hoffnung, mit dem dankbaren China in der alten Form besser auszukommen als mit einem neuen aus dem Chaos herausgewachsenen China, das Rußland vielleicht mit Mißtrauen begegne.“

Die Beurteilung der russischen Beweggründe ist richtig. Die russischen Sonderpläne hindern aber nicht, daß gerade eine Politik der Möglichkeit in der neuen China die einzige Gewähr für die Entstehung des „neuen China“ bildet. Wenn man es den Russen überläßt, sich in China Sympathien zu schaffen, so häßt man allerdings das „alte China“.

Die Meldung der „Rdn. Ztg.“, daß sämtliche Mächte ihre Gesandten befragen hätten, wie sie sich zur Räumung von Peking stellen, kann nicht richtig sein. Die amerikanische Regierung

hat sich bereits deutlich ausgesprochen, sie werde, sobald Rußland seine Truppen aus Peking zurücknehme, die ihrigen gleichfalls entfernen.

Das Wollfische Telegraphenbureau bemerkt sich eifrig, aus dem Auslande, insbesondere aus England und Frankreich Verhärterungen zusammenzutragen, die der deutschen Auffassung zustimmen. Die Ansichten der Regierungen der genannten beiden Staaten sind noch nicht bekannt. England verzögert die Entscheidung. Es wird noch einige Tage dauern, bis völlige Klärung geschaffen ist. Jedenfalls hat Rußlands schlaue Politik den Vogel abgeschossen.

### Verhandlungen mit Li-Hung-Tschang.

Li-Hung-Tschang bemüht sich weiter von Shanghai aus, regelrechte Unterhandlungen mit den Mächten zu führen. Nach einer Stabmeldung der „Paris Nouvelles“ hat er verlangt, daß man ihm als Beiräte zwei andere chinesische Vicelkönige gebe und zwar von den an das Meer anstößenden Provinzen und zwei Mitglieder des kaiserlichen Hofes von China.

Eine andre Pariser Meldung berichtet: „Zwischen Li-Hung-Tschang und den Vertretern Chinas in Europa und Washington fand in den letzten acht Tagen ein reger Depeschenwechsel betreffend die den Mächten anbietenden Sicherheiten statt. Man kam überein, folgende Neuerungen zu empfehlen, welche, so hoffen die chinesischen Diplomaten, auch eine legendäre wirtschaftliche Reform-Kera im Innern einleiten sollten: Die Administration des sogenannten Silingolweises durch die Vicelkönige soll der Kontrolle der Mächte unterliegen. Die aus den verschiedenen Pachtverhältnissen resultierenden Steuern sollen, da mit europäischer Hilfe eine weit aus rationellere Bewirtschaftung voranzutreiben ist, entsprechend erhöht und diese Einkünfte gleichfalls von Europa kontrolliert werden. Endlich könnten aus dem Titel Salz erhebliche Mehrerlöse gezogen werden. Bezüglich der Vollmachten Li-Hung-Tschang's äußerte der hier anwesende Londoner Gesandte Chinas, welcher das vordringend reformierte Programm in einem Privatgespräch mitteilte, sie seien ausreichend, sagte aber hinzu, Li-Hung-Tschang begegne Schwierigkeiten, weil seine Unparteilichkeit bezweifelt wird. Er gelte heute mit Recht oder Unrecht als „Russenfreund.“

### Englische Sensationsnachrichten.

Shanghai, 1. Sept. Die englische Presse verbreitet, Rußland habe Deutschland insgeheim die Provinzen Tschili und Schantung angeboten, wofür es selbst die ganze Mandchurie samt Mutschuan nehme.

London, 3. September. Aus Shanghai liegt die Meldung vor, daß Prinz Luans Sohn Puting, welchen die Kaiserin letzten Januar zum Thronerben proklamierte, zum Kaiser unter russischer Protection erklärt werden soll.

### In Peking.

Das Wiener I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau teilt nachstehende von dem österreichisch-ungarischen Saft „Kaiserin und Königin Maria Theresia“ eingetragene Meldung mit:

Der kaiserliche Palast in Peking ist von Truppen aller Nationalitäten, darunter einem Zug der österreichisch-ungarischen Abteilung besetzt. Die österreichisch-ungarische Kriegsschlange ist geholt worden. Am 28. August fand der Durchzug von Abteilungen aller Nationen durch den Palast statt, der die Einnahme darstellte. Die österreichisch-ungarische Abteilung ist im Palast des Militärgouverneurs Tschang-li einguquiert. Dieser ist als Beschützer der Aufständischen auf Veranlassung des österreichisch-ungarischen Gesandtschafts-Attaches verhaftet und an Japan ausgeliefert worden. In Peking und in der Umgebung der Stadt befindet sich weder chinesisches Militär noch Boger.

### Deutsche Angelegenheiten.

London, 3. September. Die Blätter veröffentlichten folgendes Telegramm aus Shanghai vom 31. August: Die deutsche Gesandtschaft soll sich hier niederlassen, doch wird sie vielleicht nur so lange hier bleiben, bis Graf Waldersee ankommt.

Shanghai, 3. September. Zwei französische Priester sind in Kiautschou aus dem tiefen Innern eingetroffen, auf dem ganzen Wege eskortiert von chinesischen Soldaten, welche von Juan-schi-lai gestellt worden sind. Die Priester behaupten, Juan-schi-lai habe bereits 20 000 Mann stehen, welche augenscheinlich daselbst aufgestellt seien, um sich einem etwaigen Versuche Deutschlands, sein Gebiet zu erweitern, zu widersetzen.

### Ein Edikt der chinesischen Kaiserin.

Den „Times“ wird aus Shanghai vom 31. August gemeldet: Ein amtliches Telegramm aus Tientsin meldet, daß der Vicelkönig von Szschuan, Kwei-schi-lai, und der Zaren-general von Szschuan durch kaiserliches Edikt ihres Amtes entbunden worden sind. Es ist offenbar, daß die Kaiserin-Regentin sich nach wie vor von den Ratschlägen der rachsüchtigen Reaktionäre leiten läßt, welchen auch die Flucht des kaiserlichen Hofes aus der Hauptstadt zuguschreiben ist.

### Im Süden und im Norden.

Shanghai, 2. September. Nach Meldungen aus Nanking hat Reich infolge der Trockenheit eine Misere ergeben. Die dort ansässigen Ausländer werden belästigt und der britische Konsul ist Belästigungen ausgesetzt. Die Erregung nimmt infolge des Landens weiterer fremder Truppen in Shanghai zu.

Frankfurt a. M., 3. September. Die „Frankf. Zeitung“ veröffentlicht ein Telegramm eines Specialkorrespondenten aus Shanghai, worin es heißt: Wegen Aufrührungen in Hankan seien alle Vorkehrungen getroffen worden. Die Kriegsmacht im Hafen von Shanghai betrage zur Zeit 27 Schiffe mit 7340 Mannschaften und 302 Geschützen. Deutschland habe dort drei Kriegsschiffe mit 1041 Mann und 43 Geschützen. Das größte Schiff im Hafen sei der deutsche Kreuzer „Fürst Bismarck“.

Petersburg, 3. Septbr. Nachrichten des Generalstabs melden: Das Detachement des Generals Orlov griff am 24. v. M. die besetzte Stellung der Chinesen im Tchingan-Passe an, vertrieb den Feind und nahm den Pass ein, worauf der Feind weiter verfolgt wurde. Sechs Stabgeschütze, 16 Fahnen, darunter eine weiße Fahne des chinesischen Befehlshabers, sowie der ganze Transport wurden erbeutet. Der Feind floh und zerstreute sich. Dem Detachement steht kein Gegner mehr gegenüber. Die Verluste betragen 3 Mann tot und 11 Verwundete. Am 26. August rückte das Detachement bis nach der Station Jal, 12 Werst von Tschitar entfernt, vor. Am 30. August wurden aus Tschita zu dem Detachement des Generals Orlov eine Abteilung des Roten Kreuzes und zehn darmberzige Schwestern über Chailar abgeschickt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. September.

### Die Schuldigen.

Die deutsche Politik verharrt in der Verkündigung der Notwendigkeit, die chinesischen Aufrührer durch die gepanzerte Faust einzuschüchtern. Dertweilen mehrten sich täglich die Zeugnisse, die beweisen, daß gerade diese Politik der Gewalttätigkeit die Vernichtung in China sät, die alsdann in der Erhebung gegen die Fremden explodiert.

Herr v. Brandt befindet in einem Artikel in der „Deutschen Rundschau“ seine ostasiatische Sachkenntnis, indem er schon vor Wochen die jetzigen Konflikte unter den Mächten vorausahndet und der deutschen Kreuzzugs-Politik zuruft: „In der Beschränkung zeigt sich der Meister“. In diesem selben Artikel weist Herr v. Brandt auf ein bisher unbachtet

gebliebenes, sehr bemerkenswertes Telegramm des Chefs der russisch-asiatischen Bank in Peking Postnikoff vom 15. Juni hin, das die Petersburger Regierung amtlich veröffentlicht hat:

Anfolge der Kaluzin unfer verchiedenen Detachements haben auch die Japaner beschlossen, zwel-tausend Mann herbeizurufen und so die Zahl der fremden Besatzungstruppen auf 8000 Mann zu erhöhen. Die Rekrutierung der Besandten hat entschieden, wenn die Detachements ankommen, in Peking die Schaffung von fremden Niederlassungen, wie sie bereits in den geöffncten Häfen bestehen, zu verlangen. Herr v. Giers (der russische Gesandte) wird sich bemühen, diese Forderung auf die Ernennung eines fremden Polizeikommissars unter dem Befehl der Besandten zu beschränken. Verschiedene der Besandten wünschen eine besondere Regentenschaft über den chinesischen Kaiser einzuführen und die Kaiserin-Witwe von der Macht zu entfernen, aber Herr v. Giers besteht darauf, die Kaiserin an der Macht zu erhalten, da irgend welche andre Kombination einige der Besandten veranlassen würden, für ihre Kandidaten Siege in der Regentenschaft zu verlangen. Außer gewöhnliche Schwierigkeiten müssen für China aus den ungeheuren Entschädigungsforderungen aller Mächte für die Zerstörung von Eisenbahnen und fremden Häusern und Kirchen entstehen.“

Herr v. Brandt bemerkt hierzu durchaus mit Recht: „Wenn etwas von den in diesem Telegramm angedeuteten angeblichen Plänen fremder Vertreter zu den Ohren der Chinesen gekommen ist, so kann der Ausbruch der Bewegung in der Hauptstadt selbst kaum noch wunden nehmen, so sehr man auch die Art und Weise, wie dieselbe sich entwickelt hat, bedauern und für straflos erklären muß.“

Das russische Telegramm bezeichnet die Besandten, die solche Forderungen in Peking gestellt haben, nicht näher. Dennoch wird sich sicherlich die deutsche Regierung mit der Erklärung beilen, daß ihr Gesandter an dieser Aufreizung der chinesischen Regierung und der Peking'er Bevölkerung keinen Anteil hatte.

### Zur deutsch-französischen „Waffenbrüderschaft“.

Während im fernem Ostasien die streitbaren Söhne Deutschlands und Frankreichs in „treuer Waffenbrüderschaft“ gegen einen gemeinsamen Feind stühen, während unsre Schiffe, wo sie denjenigen unfer westlichen Hochborn auf hoher See begegnen, mit ihnen Kumbgeburgen der Freundschaft und der nationalen Sympathien austauschen, und unsre patriotische Presse allenthalben die Symptome einer fortschreitenden Ausöhnung der beiden großen Nationen entdeckt, in demselben Augenblick sind wir an der Grenze der Westmarken des Reichs eifrig damit beschäftigt, die strategisch hervorragende wichtige Mosel-Rinie, die durch die festen Punkte Metz und Diedenhofen markiert wird, noch mehr zu verstärken und die den beiden Häfen aus der Schließung ihres inneren Festungsgürtels etwa erwachende Schwächung ihrer Widerstandskraft durch die Anlage neuer, gewaltiger, nach Westen hin bis hart an die Grenze vorgeschobener Befestigungsanlagen zu verstärken.

Die Initiative zu diesen umfangreichen und außerordentlich kostspieligen Fortifikationen wird auf die unmittelbare Anordnung Kaiser Wilhelms zurückgeführt. Der Kaiser habe — so erzählt man sich — vor einigen Jahren, gelegentlich seiner Anwesenheit in Lothringen dem kommandierenden General des XVI. Armeekorps, Grafen Haeseler, gegenüber die Ansicht ausgesprochen, Metz mit seinem gewaltigen Gürtel von Forts und Zwischenwerken könne nunmehr als thatsächlich unannehmbar gelten; Graf Haeseler aber habe durch einen ebenso rasch als klug entworfenen Angriffs- und Belagerungsplan diese Ansicht seines obersten Kriegsherrn demnach erschüttert, daß dieser sofort den Befehl zum Entwurf neuer Befestigungspläne gab, deren Ausführung nunmehr bald beendigt sein wird. Der Fortsgürtel von Metz wird damit durch eine neue westliche Parallelelinie großer Werke verstärkt, und auf der Höhe bei Contringen im Nordwesten von Diedenhofen sind Fortsbauten in der Entstehung, wie sie selbst unter an derartigen Anlagen doch so reiches Grenzland kaum zum zweiten Male aufzuweisen hat.

Es war voranzuzusehen, daß diese gewaltigen Anstrengungen Deutschlands, die Kriegsrüstungen an der Westgrenze immer mehr zu betreiben, in den militärischen Kreisen Frankreichs nicht unbeachtet bleiben und zu entsprechenden Gegenmaßregeln Anlaß geben würden. Sofort nach der Inangriffnahme der neuen Metz-Diedenhofener Befestigungsbauten erschollen von jenseits der Grenze warnende Alarmrufe, und gerade neuerdings häufen sich wieder die Stimmen aus Paris, die beweisen, daß unsren forcierten Rüstungen an der Westgrenze über ihren strategischen Wert hinaus eine hohe politische Bedeutung zukommt, deren Beachtung heute, im Geitalter der ostasiatischen „Waffenbrüderschaft“ und der in der Rücksicht des Sedantags sich ändernden Rücksichtnahme auf die Stimmungen unfer französischer Hochborns doppelt geboten erscheint.

Die Pariser „République“, das Organ Malmes, veröffentlichte dieser Tage eine Alarmanschrift aus Nancy, in der auf die der Ostgrenze Frankreichs durch den Bau der neuen deutschen Befestigungswerke brohenden Gefahren hingewiesen und zur Erregung entsprechender Gegenmaßregeln aufgefordert wird, und im „Journal“ gelangt zu gleicher Zeit ein militärischer Mitarbeiter, der Kapitän a. D. und ehemalige Lehrer an der Kriegsschule von St. Cyr E. Barthélemy, auf Grund seiner Beobachtungen an der französischen Ostgrenze zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Vor der Ausführung der neuen Befestigungswerke, welche auf das eifrigste gefördert werden, war Metz durch eine mächtige Artillerie, nämlich achthundert Geschütze, verteidigt, wozu noch hundertundfünfzig auf die innere Umwallung und sechshundertundfünfzig auf die neuen Forts und die sechzehn Zwischenwerke entfielen. Vom Standpunkt der reinen Defensiv aus waren also alle Garantien für einen langen und wirksamen Widerstand geboten. Durch Erbauung von vier neuen Forts in einer Entfernung von vier bis fünf Kilometer von dem alten Fortsgürtel verstärkt der deutsche Generalstab noch weiter den offensiven Charakter, welchen die Metz-Verteidigung infolge ihrer Lage bereits besaß: Es ist unmöglich, die weitere Ausdehnung der Befestigung als eine durch die Vorrichtung gebotene Maßregel darzustellen, besonders in Hinblick darauf, daß Frankreich seit einigen Jahren keine neuen Festungswerke mehr im Osten errichtet hat, vielmehr die Schließung verschiedener alter in Aussicht genommen ist. Es wäre für uns durchaus unverständlich, wenn der französische Generalstab seinerseits nicht gewisse Garantien für die Landesverteidigung verlangte. Es wäre wahnwichtig, an die friedfertigen Bestimmungen eines Landes zu glauben, das seine kriegerischen Vorbereitungen mit einem solchen Eifer betreibt und dabei uns durch Versicherungen der Freundschaft in Sicherheit zu lassen sucht. Es ist möglich, daß die deutschen Behörden auf eine offizielle Feier des Sedantags verzichten haben, weil in diesem Augenblick die französischen und die deutschen Soldaten nach dem Ausbruch der Presse jenseits des Rheins „Waffenbrüder“ einem gemeinsamen Feinde gegenüber sind; darum werden aber die Arbeiten bei Metz, welche gegen den „Großfeind“ gerichtet sind, nicht weniger eifrig betrieben. Befestigen wir also Nancy! Wir müssen die alte Hauptstadt Lothringens vor einem Handstreich schützen, der, da sein Erfolg sicher und rasch wäre, gleich bei Beginn der Feindseligkeiten unsre Armee demoralisieren würde.“

Wir lassen durchaus dahingestellt, wer von den beiden Waffenbrüder den meisten Anlaß zur Steigerung der Kriegsrüstungen

\*) Uebersall vom Berichterstatter unterstrichen.

gibt. Jedenfalls zeigen jene Vorgänge an der Grenze, daß alles, was die beruhigende Wirkung der Zeit, was der fortschreitende Gedanke der Solidarität der Kulturvölker, was die Internationalität der Künste und Wissenschaften bereits erreicht haben, wieder in Frage gestellt wird durch das System des Militarismus, das in wahrer sinnlicher Konkretheit jeden Staat zu stets vermehrten und stets den alten Gegenstand neu aufzuwühlenden Kriegszuständen hinan treibt.

## Deutsches Reich.

### Der Kaiser über den russischen Vorschlag.

Ein Berliner Montagsblatt will von „besonderer Seite“ eine Äußerung des Kaisers erfahren haben, die derselbe am Sonnabend bei dem Festmahle zu Offizieren gethan habe. Der Kaiser habe gesagt:

„Er werde auf keinen Fall Peking aufgeben, und wenn zu dem Zwecke alle Armeecorps mobilisiert werden müßten.“ Bis man hat über die Bedeutung außerdeutscher Streitfragen eine andre Ansicht. Er meinte, die ganze Herzogowina sei nicht die Knochen eines pommerischen Grenadiers wert.

**Freiherr v. Stumm.** Vom Obermeister der Schorfmacherei ist es lange still gewesen. Jetzt erinnert der „Reichs-Anzeiger“ an seine Existenz, indem er an der Spitze seiner heutigen Nummer vermeldet:

Seine Majestät der König haben Allernädigst geruht: dem Eisenhütten- und Rittergutsbesitzer, Geheimen Kommerzienrat Freiherrn v. Stumm-Halberg zu Reunkirchen im Kreise Ottweiler den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse zu verleihen.

Der Stern zum Roten Adlerorden wird den König von Saarablen kaum über den Niedergang seines politischen Sterns trösten.

**Die Chinapläne.** Die jüngst in der „Marine-Rundschau“ veröffentlichten und deutsche Westbergreifung des ganzen Gebietes zwischen Hoangho und Jangtsiekang forderten, werden von der „Kosmos“ als „ausdrücklich als nicht amtliche bezeichnet.“ Es seien lediglich die Ansichten des Verfassers des Artikels, eines jüngeren See-Offiziers.

Aber die „Marine-Rundschau“ wird im Bureau des Reichs-Marine-Amts redigiert!

**Scharfmacherrede.** Die „Post“ ist entzückt von der Anknüpfung, daß Italien die Anregung zu einer neuen internationalen Anti-Anarchistenkonferenz giebt. Sie schreibt:

„Dem Lande, aus dem in letzter Zeit die relativ größte Zahl der internationalen Mordverbrechen herorgegangen ist, fiel ganz gewiß auch die Aufgabe zu, die ersten Schritte einzuleiten. Wir hoffen, daß die diesmalige Konferenz mit besserem Resultat arbeiten wird, als die letzte.“

Eine lebendige Förderung einer Sonderbekämpfung der Anarchisten erbliden wir in dem zweifellosen Umschwung der öffentlichen Meinung in England, das bisher den internationalen Verschwörerherden Unterkunft und vor allen Dingen Bewegungsfreiheit gewährte. Und gerade darin lag die Gefahr. Hier muß auch der Kampf einsehen. Es müssen Ausnahmegesetze erlassen werden, die jede propagandistische Betätigung des Anarchismus unter Strafe stellen. Die rasche Folge der Attentate hat die Öffentlichkeit für eine energische Bekämpfung dieser Sache gewonnen und es sind nur noch die gegnerischen Sozialisten und die unverbesserlichen, aber dadurch auch einflußlos gewordenen Doktrinäer, die einem Anarchistengehetz Widerstand leisten. Wir hoffen also, daß dieses Mal positive Arbeit geleistet wird.“

Der Umschwung in England freut sich die „Post“ zu früh. Was einige Minister im ersten Augenblick der Erregung über das Attentat gegen König Humbert äußerten, ist keineswegs maßgebend für die öffentliche Meinung eines Landes, der Pressefreiheit und Medienfreiheit ebenso notwendig erscheinen, wie sie den deutschen Scharfmacherorganen unangenehm sind.

Wahrscheinlich ist es natürlich, die politischen Zustände Englands als Ursache dafür anzugeben, daß in Italien Attentate geschehen. Die Beeinträchtigung der englischen Freiheiten ist den Reaktionen nur erwünscht, um dem Liberalismus des Kontinents den Hinweis auf englische Vorgänge zu ermöglichen.

Die „positive Arbeit“ der „Post“, die Vergewaltigung der öffentlichen Rechte, selbst wenn sie zu stände käme, würde Attentate nicht verhindern, sondern erzeugen.

**Wir zweifeln.** Die Meldung der „Münchener Post“, daß die Einzelstaaten seitens des Reichs aufgefordert seien, die zur Verrechnung mit dem Reich bestimmten in den Postläsen verfügbaren Gelder sofort nach Berlin abzuführen, soll nach offiziöser Äußerung unrichtig sein.

Wir vermuten, die offiziöse Berichtigung hält sich an irgend einen Rednerstand, läßt aber den Kern jener Mitteilung unberührt.

**Rohlemt.** Wie die „V. P. N.“ hören, bildet die Frage der Rohlemt den Gegenstand der Erörterungen innerhalb der Staatsregierung und dürfte sich das Staatsministerium in einer für diese Woche in Aussicht genommenen Sitzung mit dieser Frage befassen.

Wenn wir der Äußerungen des Herrn Ministers Zielen im vorigen Winter gedenken, so fürchten wir, es wird nicht viel aus diesen „Erörterungen“ herauspringen.

**Die „konservative Korrespondenz“** will es nicht zugeben, daß sie aufgefordert, sozialdemokratische Flugblattverteiler mit Knütteln und Hundstößen zu jagen. Sie will nur gemeint haben, daß man ihnen entschieden die Thür weist und ihnen energisch das Wiederkommen verbietet.

Im nächsten Satz widerlegt sie sich freilich selber: „Die Erfahrung hat freilich gelehrt, daß die „Genossen“ sich trotz Verbots den Eingang in die Dörfer erzwingen wollen; wenn sie mit einer solchen — sagen wir — Anfringlichkeit hier und da überlaufen und drastische Abwehrmittel zu kosten bekommen, so ist es eben ihre eigene Schuld.“

Hat denn irgendwer das Recht, den Eintritt in die Dörfer zu verbieten oder zu verhindern? Dieses Recht hat niemand und darum ist es tatsächlich die Empfehlung der Hunde- und Knütteltaktik ohne Umschweife, wenn die „K.“ solche „drastische Abwehrmittel“ für den Fall der „Erzwingung“ des Eintritts gutheißt.

**Begnadigt.** Dem wegen „Beschimpfung der katholischen Kirche“ zu 6 Monaten Gefängnis verurteilten „M.“-Redakteur Stegmar Wehring ist im Gnadenwege die Strafe in eine dreimonatige Festungshaft umgewandelt worden.

Die Freigabe der liberalen Presse, die seiner Zeit Herrn Mehring im Stich ließ und wiewohl um mildernde Umstände flehte, ist dem Verfasser des Spottgedichtes nun doch noch zu gute gekommen.

**Stützen der Gesellschaft.** Das akademische Strafregister der Universität Göttingen weist für das Jahr 1899/1900 nach der offiziellen Universitätschronik 265 Strafen auf. 13 Studenten erhielten je einen Verweis, dagegen wurden 252 mit Geldstrafen belegt, und zwar wegen Ansehens, Unfug, Sachbeschädigung, Unterlassung der polizeilichen Anmeldung, Uebertretung der Jagdordnung etc.

Sicherlich wird nun die „Post“ ein Zwangsverzehlungs-Gesetz für diese zufälligen Herren Richter, Staatsanwälte, Geheimräte etc. fordern.

**Arbeitsgericht über einen Civilisten.** Daß Civilpersonen bei der Anbringung von Beschwerden in militärischen Angelegenheiten sehr vorsichtig sein müssen, beweist folgender Fall: Ein Landwehrmann des ersten Aufgebots zu Mainz war wegen Fehlens bei der Kontrollvernehmung mit einem Tage Arrest bestraft worden und

richtete nach Verbüßung der Strafe an das Corpskommando eine Beschwerde, daß der Bezirksoffizier partiell sei, denn es seien noch mehrere Leute zu spät gekommen, aber nicht bestraft worden. Die Untersuchung soll die Haltlosigkeit dieser Beschwerde ergeben haben, der Civil-Landwehrmann wurde vor das Kriegsgericht gestellt und erhielt von diesem wegen des genannten Vergehens eine Strafe von sechs Monaten Festung.

**Wegen Majestätsbeleidigung, Beamtenbeleidigung und Widerstand** wurde in Hamburg der schon vielfach bestrafte Eigarrenmacher Hoesler zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er war bei einer Razzia durch den jüdischen Polizeikommissar im Schlafe gefasst worden und dabei soll er die strafbaren Handlungen begangen haben.

### Die Missionen.

Diesmal hat der Reichsbote seine Freude an der „Beschimpfung“ der Missionen in China. Nicht seinen protestantischen Schülern, sondern den katholischen gelten die Mitteilungen, die ein Kenner Chinäs, der sich 18 Jahre dort aufhielt, in den „Daily News“ giebt. Derselbe schreibt:

„Im Frühjahr 1899 gab die chinesische Regierung endlich dem lange ausbleibenden Druck des französischen Gesandten, des anerkannten Protektors der römisch-katholischen Kirche, nach und veröffentlichte ein Dekret, in dem den Priestern ihrer Kirche im ganzen Lande Beamtenrang verliehen wurde. Bischöfe rangierten mit Viceregenten und Gouverneuren, gewöhnliche Priester mit Landräten, deren Jurisdiktion sich über zwei oder mehrere große Bezirke ausdehnte. Die solchermaßen den Priestern verliehene Stellung gestattete ihnen die Entfaltung eines Pompes, der ihre Macht in den Augen des Volks gewaltig vergrößerte. Die Regierung, die den Charakter der Priesterschaft und ihre politischen Ziele genau kannte, bot den protestantischen Missionaren gleichzeitig freiwillig ähnliche Vorrechte an. Andererseits machten die Priester in China, die fast ausschließlich Franzosen, Italiener, Spanier oder Portugiesen seien, ihre Konvertiten größtenteils vermittelt ihres Einflusses bei den Hohen. Um das Versehen zu können, müßte man etwas vom chinesischen Leben wissen. Die allgemeine Korruption habe merkwürdigerweise einen ausgleichenden Einfluß zwischen Armen und Reichen. Wenn ein Reicher einem Armen Unrecht thue, so bringe der Arme, falls er ein entschlossener Mann sei, seine Angelegenheit sofort beim Namen vor. Zunächst nicht, um es zur Verhandlung zu bringen. Die Beamten seien froh, einen Reichen in ihre Klauen zu bekommen, und zögten die Sache monatelang hin, und dann habe der Reiche den Richter nur schwer zu bestechen, wenn er einen günstigen Urteilspruch erhalten wolle. Hier biete sich den Priestern eine Gelegenheit. Der reiche Mann finde es billiger, sich einer Kirche anzuschließen, zu ihrem Vermögen reichlich beizutreten und den Priester zu veranlassen, sich seiner Sache als der eines verfolgten Christen anzunehmen. Er lerne schnell einen kurzen Katechismus, werde getauft, könne jedoch, wenn es ihm passe, weiter Gözen anbeten, Opium rauchen, ebenso leben wie zuvor und bränke nur ein- oder zweimal im Jahre zur Kirche zu kommen um, wenn nötig, weitem Schutze sicher zu sein. Tausende solcher Fälle hätten sich in China während der letzten Jahre ereignet. Ebenso werde es bei gewöhnlichen Verbrechen gemacht. Sie würden z. B. Katholiken und befehligen ihre alte Lebensweise bei, aber niemand dürfe sie anrühren, da sie unter dem Schutze des Priesters ständen. Im vergangenen Jahre hatte das Volk in Tschow, in der Provinz Tschingtau, die Last des römischen Katholizismus unerträglich gefunden. Es hätte sich ausgelebt, die römisch-katholische Kirche zerstört, viele katholischen Häuser demoliert und befallenen, sich der Wiedereinführung des Romanismus zu widersetzen. Das Resultat dieser Ausschreitungen sei gewesen, daß auf Veranlassung des Priesters Tausende chinesischer Truppen die Unruhen unterdrückten, die Räubersführer verhafteten und hingerichteten. Viele solche und noch schlimmere Beispiele könnten gegeben werden. Die eingeborenen Christen in ganz China demühten den Einfluß französischer und italienischer Priester beim Namen, um ihre Nachbarn zu demütigen, und es sei nicht überraschend, daß das Volk dadurch zeitweise aufgeregt werde. Während der letzten drei oder vier Jahre hätten die Priester in China mit allen Mitteln versucht, Anhänger zu gewinnen, ohne irgend einen Versuch zu machen, sie zu einem heiligeren und besseren Leben zu belehren. Was die kontinentale Priesterschaft in Südamerika, auf den Philippinen und in Süd-Europa gethan habe, verusche sie jetzt auch in China zu thun. Zum Schluß verweist sich der Verfasser dagegen, daß er die ganze Last der Verantwortung für den jetzigen Krieg den Priestern auflegen wolle. Aber der Vorer-Konflikt hätte seine Wurzel im Widerstand gegen den römischen Katholizismus gehabt, und so seien auffallenderweise unmittelbar auf die Verleumdung des Beamtenrangs an die römisch-katholischen Missionare die Unruhen gefolgt. Im Interesse der Völkervereinigung müsse diese Verleumdung rückgängig gemacht werden.“

### Ausland.

#### Frankreich.

#### Acta Pomp.

**Paris, 2. Sept.** Der russische Finanzminister Witte ist heute hier eingetroffen. Die Reise Witte's hat, wie die „Agence Havas“ bemerkt, weder eine nahe noch entfernte Beziehung zu irgend einer finanziellen Transaktion. Rußland bedürfe einer solchen in keiner Weise für seine Operationen in China. Die Mittel des Staatsschatzes genügten vollkommen, um die Kosten zu decken.

Ra, na — wer's glaubt? —

#### Italien.

**Mailand, 2. Sept.** Brocci hat gestern Abend seinen Verleibigen mitgeteilt, daß er gegen die Höhe der Strafe nicht rekurrieren werde, da dieselbe doch nicht gemildert werden würde. Nur gegen die Konfiskation seines Vermögens werde er Verurteilung einlegen.

#### Rumänien.

**Bukarest, 2. September.** Das Amtsblatt veröffentlicht Verfügungsbelehle vor den Untersuchungsrichtern für Boris Sarafow, Wladimir Kowatschew, Dawidow, Monomow, Krolew und Alexander Burlalow als Mitschuldige an der Ermordung des Professors Michailscow. Da sie von den Behörden nicht zu erreichen sind, werden sie in contumaciam abgeurteilt.

#### Afrika.

#### Annektion Transvaals.

**London, 3. September.** Die Wälder melden, Lord Roberts solle am Sonnabend in Belfast eine Proklamation erlassen haben, durch welche Transvaal in aller Form annektiert werde.

**Waller rückt vor.** Aus Badfontein wird vom 1. September gemeldet: General Waller ist gestern 14 Meilen auf der Straße nach Lydenburg vorgezogen und hat den Krobilich überfallen. Die Boeren ziehen ihre Streitkräfte in den Krobilbergen zusammen, wo sich alle Kommandos mit Ausnahme derjenigen von Carolina und Ermelo befinden.

Ein Telegramm des Feldmarschalls Roberts vom 3. September meldet aus Belfast: Major Broole, der bei der Kroat-Eisenbahnstation steht, berichtet, er habe mit 100 Mann und zwei Geschützen die Boeren, welche ein Kopje etwa 5000 Harde von der Eisenbahnstation hielten, am Morgen des 27. August angegriffen. Die Boeren seien vollständig geschlagen und hätten fünf Tote, unter ihnen G. Pretorius, zurückgelassen.

**Pretoria, 1. September.** (Meldung des Reuterschen Bureau.) Kundschafter haben die Eisenbahn bei dem Bahnhof Kliprivier zerstört und einen Zug mit 28 Wagen in Brand gesetzt. — Die Boeren in Pretoria sind einstimmig der Ansicht, daß der Krieg dem nächst beendet sein werde. Derselben erklären, die Boeren würden, falls es den Engländern gelänge, die Eisenbahnlinie nach der Delagoabai zu beherrschen, genötigt sein, sich in das ungesunde und sumpfige Gebiet von Bushveldt zurückzuziehen.

**Ueber die skandalösen Lazarettzustände in Südafrika** veröffentlicht „Daily Chronicle“ die Mitteilung einer fieberigen vom Kriegsschneepflug zurückgekehrten Krankenpflegerin, die die früheren Schilderungen der grauenhaften Zustände durchaus bestätigt.

Nicht ohne Bilanterie ist es, daß diese Krankenpflegerin die Schwägerin des Anführers des Kriegs, des Kolonialsekretärs Chamberlain ist. Die Dame schreibt:

Jedes Wort von Herrn Chamberlain über die skandalige Anordnung in den Kriegshospitälern ist wahr. Noch weit mehr, als er gesagt hat, ist wahr. Das Bahnhospital in Kapstadt, von dem man erwarten konnte, daß es so gut eingerichtet wäre wie ein Londoner Vorstadthospital, ist schlechter versehen als ein Feldlazarett. Ich arbeitete dort sieben Monate. Die Lage, auf einem Hügel mit herrlicher Aussicht, ist sehr schön — aber kein Mensch hatte daran gedacht, das Haus zu reinigen, ehe es mit Kranken belegt wurde. Das Gegengift war, daß man alsbald die Kranken mit Insektenpulver überschüttete, um Ungeziefer einzukerkern fernzuhalten. Dieser skandalöse Zustand wurde der Militärbehörde mehrfach mitgeteilt, sie schenkte dem aber keinerlei Beachtung. Die Zahl der Pfleger war ganz ungenügend. Wir hatten stets gegen 175 Kranke täglich — diese hatte, mit mir eine einzige Schwester zu beorgen! In jener Zeit aber waren Pflegerinnen in der Kapstadt leicht erhältlich, denn eine große Anzahl war nach Ausbruch des Kriegs aus Johannesburg, Pretoria etc. dorthin gekommen und hätte jede Stellung gern angenommen. Die Behörde aber zog es vor, die Leute sterben zu lassen, anstatt das Geld für Pflegerinnen auszugeben. Das hat und gar manchen Soldaten gekostet. Von Disziplin war keine Rede. Es gab eine Anzahl Militärärzte, aber sie wurden nicht ordentlich geleitet. Milch war stets rar und niemals sterilisiert. Keine Wäsche mangelte, die Reinigung war ungenügend. Bettwäsche eines Typhuskranken wurde einmal durch kaltes Wasser gezogen und dann für einen Gesunden verwendet, der natürlich alsbald am Typhus starb. Bald hatten wir eine Menge Typhusfälle in unserm schönen Hospital, da alle Einrichtungen desselben mangelhaft waren. Kein Wunder, da Gegenstände, die für Typhus Verwendung gefunden hatten, ohne Unterschied für irgendwelche Kranke und Gesunde gebraucht wurden. Die Militärärzte waren meist Leute niedriger Klasse und Bildung. Sie vernachlässigten die Grundzüge der Hygiene in greulichster Weise und ebenso ihre Kranken. Dabei mißbrauchten sie ihre Autorität auf unerhörte Art. Sie wurden niemals revidiert und konnten thun, was sie wollten. Die ärztlichen Kräfte der Stadt waren gut, thäten, was in ihren Kräften stand, vermochten aber gegen so horrenden Zustände nicht mit Erfolg anzukämpfen.

Denjenigen, die die furchtbare Verantwortung für dieses Massensterben tragen, wird trotz aller öffentlichen Anklagen kein Haar gekrümmt werden.

#### Englische Entschädigungsgelder.

Aus Bremen wird gemeldet: England hat für die Beschädigung und Durchsuchung der deutschen Reichspostdampfer „Bundesrat“, „General“ und „Herzog“ in den afrikanischen Gewässern eine Entschädigung von 1 1/2 Millionen Mark an die Ostafrikanische Linie zu bezahlen.

## Partei-Nachrichten.

**Zum Parteitag.** Die Empfangsfeier am 16. September in Mainz beginnt nicht, wie anfangs festgesetzt, um 7 Uhr, sondern schon um 6 Uhr abends. In der letzten Bekanntmachung im „Vorwärts“ ist das auch entsprechend geändert. Da wir aus den neuerlichen Bekanntmachungen in der Parteipresse erfahren, daß diese Abänderung von einigen Parteiblättern übersehen worden ist, so sei hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht.

Zur Landtagswahlfrage nahm eine Parteiverammlung in Köln folgende Resolution an:

Die Parteigenossen von Köln-Stadt wünschen, daß der Parteitag in Mainz die Beteiligung an den Wahlen zu den Landtagen zur Pflicht macht. Der Parteitag stellt allgemeine Verhaltensmaßregeln auf. Ueber die Anwendung dieser Verhaltensmaßregeln auf die einzelnen Kreise, d. h. über die Art der Beteiligung entscheiden die Parteitage der Einzelländer, in Preußen die Parteitage der Provinzen oder Agitationsbezirke.

Die Landeskonferenz der Parteigenossen Hessens, die am 2. September in Neu-Isenburg stattfand, hatte einen guten Verlauf anzuführen. Es waren 90 Delegierte anwesend, die 70 Orte vertraten, außerdem das Landeskomitee sowie die Landtagsfraktion mit einer einzigen Ausnahme. Nachdem Genosse Ulrich als Vorsitzender der Konferenz dem Anbenden Liebsteins ehrende Worte gewidmet, wird zunächst festgelegt, daß die Landtagsabgeordneten auf den Landeskonferenzen Sitz und Stimme haben. Ein Antrag Glehen, heute ein Kommunalwahl-Programm für Hessen zu beschließen, wird abgelehnt, jedoch wird später ein Antrag angenommen, der das Landeskomitee beauftragt, demnächst eine Konferenz der sozialdemokratischen hessischen Gemeinderäte einzuberufen.

Aus dem Bericht des Landeskomitees ist zu entnehmen, daß es allen bei der Landtagswahl gestellten Anforderungen genügen konnte und daß es während derselben 60 000 programmatische Flugblätter verbreiten ließ. Ein Kreis wurde gewonnen. Sodann empfiehlt das Landeskomitee die Herausgabe eines Agitationskalenders, zu dem jetzt die Mittel vorhanden seien und der unsrer Sache auf dem Lande die besten Dienste leisten werde.

Aus dem Kassensatz ergibt sich, daß 8249,40 M. eingenommen und 1619,69 M. ausgegeben wurden, so daß mit einem Ueberschuß von 1629,71 M. gerechnet werden konnte. Der Mitgliederbestand der zur Landesorganisation Zahlenden beträgt 4500; hier ergibt sich eine Zunahme von 500 Zahlenden. Die Herausgabe des Kalenders für dies Jahr wird in einer Auflage von 160 000 beschlossen. Dem Bericht des Genossen Verthold-Darmstadt über die Landtagswahlen ist noch zu entnehmen, daß bei derselben die Zahl der sozialdemokratischen Wähler diesmal mit 48 auf 127 stieg. In Zukunft sollen sich auch die gewählten Wähler, falls sie in der Minorität sind, an der Wahl der Abgeordneten beteiligen; auch soll nach einem angenommenen Antrag David die Agitation für Erwerbung der hessischen Staatsangehörigkeit fortgesetzt und nicht nur kurz vor den Wahlen betrieben werden.

Nach einem einstündigen sehr wirkungsvollen Referat des Genossen David über den Parteitag und den Pariser Kongreß fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Anschließend von dem Gedanken, daß die sozialdemokratische Partei keine Gelegenheit zur Propaganda ihrer Ideen und zur Verfestigung ihrer politischen Macht verabsäumen sollte, beantragt die hessische Landeskonferenz, der Mainzer Parteitag wolle beschließen, die Beteiligung an den Landtagswahlen wird den Parteigenossen aller Bundesstaaten zur Pflicht gemacht. Da wo die Nominierung eigener Kandidaten resp. Wahlmänner nicht möglich ist, sind diejenigen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen, die die weitgehendsten demokratischen Garantien bieten.“

Weiter wird noch beschlossen, daß das Landeskomitee der nächsten Landeskonferenz eine Vorlage betreffs Revision des hessischen Organisationsstatuts und der Einführung eines einheitlichen Mitgliederbuchs für Hessen machen soll. Zur Stärkung der Hauptklasse

In Berlin wurde beschlossen, daß 1 Pf mehr an die Landeskasse abgeführt werden soll, der dann direkt der Hauptkasse zu gute kommt. Der Antrag, diesen erhöhten Beitrag an die Landeskasse schon vom 1. Januar ab zu leisten, wurde jedoch abgelehnt. Die Wahl des Landeskomitees ergab die alte Zusammenfassung: Ulrich und Ord-Offenbach, Westhof-Darmstadt, Ordig-Bießen und Stod-Mainz. Denjenigen Kreisen, die über wenig Mittel verfügen, wird in Zukunft ein Zuschuß aus der Landeskasse geleistet werden zu Delegationen für den deutschen Parteitag.

Mit dem Hinweise, daß auch diese Konferenz unsere Landesorganisation wieder einen Schritt weiter gebracht hat, sowie dem Wunsche, daß die gefassten Beschlüsse uns zu neuen Siegen führen möchten, schloß Genosse Ulrich um 5 Uhr nachmittags die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Ihr zehnjähriges Jubiläum beging am 1. September die Schwäbische Tagwacht.

Unter dem Titel „Süddeutsche Volkszeitung“ erschien in Stuttgart erstmals dreimal wöchentlich ein socialdemokratisches Blatt 1875, von der Eisenacher Richtung ins Leben gerufen. Das Socialistengesetz machte seinem Dasein ein jähes Ende. Ihm folgte ebenfalls dreimal wöchentlich die „Stuttgarter Presse“. Auch diese fiel nach kurzem Bestehen dem Besatzungsgesetz zum Opfer. Später kam ein andres Blatt heraus unter dem harmlosen Titel „Das Vaterland“, das nach einjährigem Bestehen gleichfalls unterdrückt wurde. Erst das „Schwäbische Wochenblatt“ von 1881 bewies sich lebensfähig. In seinem 9. Jahrgang, mit dem 1. Januar 1890, da das Socialistengesetz bereits im Verwesen lag, konnte es ankündigen, daß es von jetzt ab dreimal wöchentlich erscheint. Aus diesen Vorläufern entwickelte sich unsere „Schwäbische Tagwacht“, die bald in vergrößertem Format täglich erschien und schon nach wenigen Jahren eine wöchentliche Unterhaltungsbeilage sich zulegen konnte.

Obwohl Württemberg immerhin noch kein Sachsen ist, so hatte das Blatt doch der Verfolgungen genug zu erdulden. Zahlreiche Gefängnisstrafen und erhebliche Geldstrafen wurden über seine Redakteure verhängt. Das hat jedoch nicht vermocht, der Entwicklung des Blattes Abbruch zu thun, und heute gehört es zu den meistgelesenen Blättern Württembergs, dadurch Kunde gebend von dem Fortschreiten der socialdemokratischen Bewegung auch in dem demokratischen Schwabenlande.

**Gemeindevahl in Niederösterreich.** Bei den Gemeinderatswahlen in Hausdorf, an denen sich unsere Parteigenossen zum erstenmal beteiligten, haben sie einen schönen Sieg zu verzeichnen. Die Bürgermeisterei arbeitete mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote standen. Zweifelhafte Wahlvolkmachten, Gratisbier und Gratisgoulasch, alles wurde angewendet. Trotzdem brachten unsere Genossen beim ersten Wahlgang des dritten Wahlkörpers Genossen Strobl mit 110 von 216 Stimmen durch. Vier andre Genossen, die mit vier und fünf Stimmen in der Minorität geblieben waren, kamen in die engere Wahl, wobei die Kandidaten der Bürgermeisterei mit 109 gegen 105 socialdemokratische Stimmen gewählt wurden. Auch im zweiten Wahlkörper blieben die Socialdemokraten nur mit wenigen Stimmen in der Minorität. — Bei den Wahlen in Pöthen fehlte es ebenfalls an den bekannten Manipulationen der bürgerlichen Parteien nicht. Doch auch dort wurden vier Genossen im dritten Wahlkörper gewählt.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

— Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung wurde der Reichstags-Abgeordnete Genosse Sachs in Jwidau zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

— In Halle wurde der Genosse Franz Pokorny wegen Verleumdung eines Amtsvorstehers zu 30 W. Geldstrafe verurteilt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Kohlräger und Gehilfen!** Nachstehende Werkstätten sind wegen Nichtbewilligung des Tarifs gesperrt: Panter u. Waade, Schöneberg; Wöllinger, Myrdorf; Repton; Rolte, Wilmersdorf; Freier, Pringensallee; Schneebogt, Skalitzerstraße 20; Schirlich, Kopenstr. 4; Euse, Steglitz; Vörsch, Reanderstraße; Pusch, Charlottenburg; Seeger, Kopenstraße; Ludwald, Reichenerstraße; Ziegler, Frankfurter Allee; Weiland, Oranienstraße. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Die Berliner Weber (Hausgewerbetreibende und Gesellen) erstreben eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Sie haben gestern das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts um seine Vermittelung ersucht. Das Gericht wird nunmehr bei den Fabrikanten anfragen, ob sie zu einer Verhandlung vor dem Einigungsamt geneigt seien.

### Deutsches Reich.

Die Verhandlungen über die Einführung eines Tarifs im Buchbindereigewerbe sind gescheitert. In Leipzig trat gestern eine Konferenz zusammen, an der Vertreter der Unternehmer und Arbeiter aus Berlin, Stuttgart und Leipzig teilnahmen, um den Versuch zu unternehmen, für den Buchbindereibetrieb einen allgemeinen Tarif aufzustellen. Wie uns ein Privattelegramm meldet, sind nach fünfständiger Dauer die Verhandlungen gescheitert. Der Streit wird damit unvermeidlich werden.

Das Hamburger Arbeiter-Sekretariat ist am 1. September in Funktion getreten. Die Leitung liegt in den Händen der beiden Sekretäre O. L. e. m. a. n. n und L. e. s. e.

Die Steinheuer in Halle a. S. haben am Sonntag beschlossen, zu Gunsten der Leipziger Steinheuer in den allgemeinen Ausstand zu treten. Die betriebsführende Versammlung motivierte ihren Beschluß in folgender einstimmig angenommenen Resolution:

Von der Erwägung ausgehend, daß die bestehenden und selbst vom Vorstand des Innungsverbands als erfüllbar bezeichneten Forderungen der Leipziger Steinheuer von der dortigen Innung nur abgelehnt werden, um, wie diese selbst wörtlich erklärt, „den Humanitätsdusek aus der Welt zu schaffen“; in fernerer Erwägung, daß sich Mitglieder der Halleischen Innung gefunden haben, die die Leipziger Innung in diesem Bestreben durch die That unterstützen und die Halleische Innung sich auch sonst mit der Innung in Leipzig solidarisch erklärt hat, beschließt die heutige Versammlung, der Solidarität des Unternehmertums die Solidarität der Arbeiter entgegenzusetzen und sofort die Arbeit niederzulegen.

Die Versammlung erklärt weiter: erstens die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis in Leipzig eine Einigung zwischen den ausgesperrten Steinheuern und der Innung erfolgt ist; zweitens die Halleische Steinheuer-Innung sich bereit erklärt, sofort den schon seit längerer Zeit geforderten Stundenlohn von 65 Pfennigen und die sonstigen Forderungen, sowie drittens vom 1. April 1901 ab die neunstündige Arbeitszeit und 60 Pfennige Stundenlohn zu bewilligen.

Von der Bedingung zu 1 geht die Versammlung nur dann ab, wenn die hiesigen Meister die ausdrückliche Erklärung abgeben, bei Bedarf an fremden Arbeitskräften in erster Linie Leipziger Steinheuer einzustellen.

Diese Stellungnahme wurde hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß zwei Meister von der Halleischen Innung Arbeiten in Leipzig, natürlich aus zweiter Hand, übernommen haben.

Einen vollständigen Sieg haben nach dreitägiger Dauer des Streiks die Zimmerer in Vorna errungen. Die Arbeit wurde am Donnerstag wieder aufgenommen. Vor Beginn des Ausstands fühlten sich trotz mehrmaligen Besuchs die Unternehmer nicht geneigt, ihren Arbeitern eine Antwort zu teil werden zu lassen. Die Einigkeit der Zimmerer hat sie zur besseren Einsicht gebracht. Die Zimmerer bekommen jetzt den verlangten Stundenlohn von 88 Pf.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Posen wurde diesmal eine äußerst rege Beteiligung erzielt, die auf das Eingreifen unserer Parteifreunde zurückzuführen ist. Trotzdem siegte die Liste der Polen mit 251 Stimmen gegen 86 socialistische und 23 deutsche. Leider waren die Arbeiter durch die Hemmnisse in der öffentlichen Agitation nicht genügend aufgeklärt und hatten vielfach die Entregung in die Wählerlisten veranlaßt. So erschienen wohl an 500 Arbeiter, die wählen wollten, aber nicht in die Listen eingetragen worden waren. Mindestens die Hälfte dieser Leute hätten für unsere Partei gestimmt. Die Polen hatten ihre Stimmzettel in polnischer Sprache abgegeben. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes wollte deshalb diese Stimmen für ungültig erklären, wurde aber von den Beisitzern überstimmt. Die „Frank. Ztg.“ bemerkt zu dem Wahlergebnis: „Bemerkenswert ist die große Stimmengahl der Socialisten, die diese fast ohne jegliche Agitation aufgebracht haben. Das letzte Mal (vor drei Jahren) wurde noch keine einzige socialistische Stimme abgegeben.“

### Ausland.

In Charleroi (Belgien) ist die Zahl der ausländigen Glasarbeiter auf 8229 gestiegen. Viele Oefen sind gelöst.

Der Streit der jüdischen Bürstenarbeiter in Rußland und Polen ist nach einer Dauer von vier Monaten siegreich für die Arbeiter beendet worden. Es war ein hartnäckiger, heißer Kampf. Es handelte sich hier für die Arbeiter nicht nur um die Erhaltung des zehnstündigen Arbeitstags und um die Verhütung einer Herabsetzung der Löhne, sondern auch noch um das Sein oder Nichtsein des Verbands der jüdischen Bürstenarbeiter in Rußland und Polen. Weiber die Verfolgungen seitens der Polizei, noch das Hungerleiden vermochte auf die Haltung der Streikenden einen Einfluß auszuüben, bis zum Ende haben sie standhaft und ehrenvoll ausgeharrt. Kein einziger Streikbrecher konnte während der langen Dauer des Streiks verzeichnet werden! Wie sehr die Streikenden gehungert haben, ist daraus zu ersehen, daß die Familienväter eine Unterstützung im Betrage von 1 Rubel (2 M. 15 Pf.) monatlich erhielten, — die ledigen Arbeiter delamen noch weniger. Eine sehr wirksame Unterstützung ist den Streikenden vom Berliner Holzarbeiter-Verband zu teil geworden. Namens der Streikenden spricht das ausländische Komitee des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen“ dem Berliner Holzarbeiter-Verband dafür den herzlichsten Dank aus. — Die Not unter den Arbeitern ist auch jetzt noch Wiederaufnahme der Arbeit noch sehr groß, da sie während des Streiks fast alle ihre Sachen verpfänden oder verkaufen mußten.

**Trades-Unions-Kongress.** London, 3. September. In Huddersfield ist heute der Jahreskongress der Trades-Unions zusammengetreten, zu dem etwa 400 Abgeordnete von 140 Gewerksvereinen und Arbeiterverbänden erschienen sind. Mehrere der Arbeiterpartei angehörende Parlaments-Mitglieder nehmen am Kongress teil.

## Sociales.

**Tödtliche Verunglückungen im Kindesalter.** Diesen Gegenstand behandelt nach amtlichen Quellen Dr. med. Georg Heimann in den Conradischen Jahrbüchern. Danach verunglückten in den Jahren 1897 und 1898 im Deutschen Reich 7380 Personen im Alter bis zu 15 Jahren tödtlich, unter ihnen 4501 im Alter bis zu 5 Jahren. Ueber die Art der Verunglückungen giebt die folgende Tabelle Aufschluß:

Art der Verunglückung	Kinder bis zu 15 Jahren jeden Alters	Von je 100
Ertrunken	2610	40,5
Verbrannt, verbrüht u.	1479	22,5
Heberfahren	840	12,7
Gefürzt	633	9,7
Ersticht	555	8,3
Erhängt	315	4,8
Verstiftet	151	2,3
Andere oder unbestimmte Art	727	10,9
Zusammen:	7380	111,1

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich in diesen Zahlen ein Still socialen Uebels verbirgt; 4501 Kinder im Alter bis zu fünf Jahren tödtlich verunglückt, das wohl ziemlich ebenso viel Fälle einer Katastrophe der Eltern, die es ihnen unmöglich machte, die Kinder genügend zu überwachen. Mütter, die zur Arbeit in die Fabrik oder sonstwohin müssen, die Gänge fürs Hauswesen zu besorgen haben und dergleichen und unterdes die Kinder sich selbst überlassen müssen, künstlichfalls einem älteren Kinde die Aufsicht übertragen müssen. Daß sich darin sociale Not äußert, die beseitigt werden sollte und beseitigt werden könnte, wer wollte das leugnen. Dieser Sachverhalt würde noch klarer zu Tage treten, wenn über die Verunstaltung der Eltern dieser Kinder Auskunft gegeben würde. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Zahl der Verunglückungen, die nicht tödtlich verlaufen, wohl aber teilweises oder völliges dauerndes Siedtium zur Folge haben, noch erheblich größer sein dürfte.

## Gerichts-Beifung.

In der Königer Nordaffäre wird sich am 8. September der Abbeater Israelski vor Gericht zu verantworten haben. Der Botenmeister des Königer Landgerichts, Fiedler, hatte der Behörde mitgeteilt, er habe am Karfreitagvormittag gegen 10 Uhr den früheren Abbeater Israelski mit einem Sad auf dem Rücken beim Landgericht vorbeigehen sehen. Israelski, der in dem Sad einen runden Gegenstand, etwa einen Kohlkopf, trug, sei die Schützenstraße entlang in die Gegend des Stadtwaldes gegangen. Nach etwa einer Stunde sei Israelski mit leerem Sad und schmutzigen Stiefeln zurückgekehrt, während er auf dem Hinterteil laubere Stiefel hatte. Eine sofort bei Israelski vorgenommene Haussuchung hatte keinerlei Ergebnis. Israelski soll sich aber in Widersprüche verwickelt haben, auch soll seine Frau wesentlich andre Aussagen wie er gemacht haben. Israelski wurde deshalb unter dem Verdacht, den Kopf des ermordeten Winters an die erwähnte Fundstelle geschickt, mit dem oder die Thäter nach der That begünstigt zu haben, um sie der Bestrafung zu entziehen, verhaftet. Israelski bestreitet entschieden, mit dem Morde in irgend welcher Beziehung zu stehen und ebenso am Karfreitag mit einem Sad auf dem Rücken die Schützenstraße entlang nach dem Stadtwalde zugegangen zu sein. Allein der Botenmeister Fiedler hält seine Wahrnehmung in vollster Bestimmtheit aufrecht. Da dem Vernehmen nach die Fiedlersche Aussage von mehreren anderen Zeugen unterstützt wird, so wurde der von dem Verteidiger Israelskis gestellte Haftentlassungsantrag abgelehnt und die Anklage gegen letzteren auf Grund des § 287 des Straf-Gesetzbuchs erhoben. Dieser Paragraph lautet: „Wer nach Begehung eines Verbrechens oder Vergehens dem Thäter oder Teilnehmer wesentlich Beistand leistet, um denselben der Bestrafung zu entziehen oder um ihm die Vorteile des Verbrechens oder Vergehens zu sichern, ist wegen Begünstigung mit Geldstrafe bis zu 500 M. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn er diesen Beistand seines Vorteils wegen leistet, mit Gefängnis zu bestrafen. Die Strafe darf jedoch, der Art oder dem Maße nach, keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angebrochte. Die Begünstigung ist straflos, wenn dieselbe dem Thäter oder Teilnehmer von einem Angehörigen gewährt worden ist, um ihn der Bestrafung zu entziehen. Die Begünstigung ist als Beihilfe zu bestrafen, wenn sie vor Begehung der That zugesagt worden ist. Diese Bestimmung findet auch auf Angehörige Anwendung.“ — Israelski wird sich daher am Sonnabend, den 8. September, vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten haben. Er heißt mit Vornamen Wolff, ist am 8. März 1848 zu Litzkau bei Königs geboren, jüdischer Religion und bereits wegen Diebstahls, Unterschlagung und Bedrohung bestrast. Er ist verheiratet und Vater von sechs, zum Teil schon erwachsenen Kindern. Er soll früher auf einem Dorf bei Königs eine

Schankwirtschaft betrieben haben. In dieser soll Botenmeister Fiedler, als derselbe noch Exekutor war, viel verkehrt haben, so daß ihm, wie er behauptet, die Person Israelskis genau bekannt sei. Israelski ist ein durch den Trunk vollständig heruntergekommener Mann. Er mußte deshalb seine Schankwirtschaft aufgeben. Später wurde er Abbeater. Allein der Schnapsgenuß zwang ihn schließlich, auch diese Thätigkeit einzustellen, so daß er von öffentlicher Unterstützung und von dem geringen Verdienst lebte, den seine sehr fleißige und ordentliche Frau und seine fünf ebenfalls des besten Rufes erfreuenden Kinder erwarben. Israelski stand, ehe er verhaftet wurde, in Königs auf der öffentlichen Säufeliste. Er behauptet, er habe niemals Stiefel, sondern nur immer aus Gändern hergestellte Schuhe getragen. Da er sehr schlecht zu Fuß sei, könne er gar nicht den weiten Weg binnen einer Stunde zurückgelegt haben.

Es sind bisher von der Staatsanwaltschaft 19, von der Vertheidigung 10 Zeugen geladen. Den Vorsitz des Gerichtshofs wird Landgerichts-Direktor Böhmke führen. Die Anklage wird der Erste Staatsanwalt Settegast vertreten. Die Vertheidigung haben Justizrat Dr. v. Gordon (Berlin) und Rechtsanwält R. A. S. (Königs) übernommen. Die Verhandlungen werden im Schwurgerichtssaale stattfinden.

**Italienische Klassenjustiz.** Die Gemeinde Orani bei Pavia befiht einen socialistischen Bürgermeister, Contando Bergamini, der im Privatleben Bürsten- und Weberei-Ingenieur ist. Vor kurzem erfuhr der Bürgermeister, daß zwei Kinder Kessel gestohlen hatten. Er ließ die „Verbrecher“ rufen und tadelte und verwahrte sie. Die Staatsanwaltschaft hielt jedoch diese Strafe nicht für ausreichend und erhob Anklage gegen . . . den Bürgermeister, der, nach irgend einem Paragrafen des italienischen Strafgesetzbuchs, die jungen Kesselstrolche der Staatsanwaltschaft hätte zuführen müssen. Der Bürgermeister wurde dieser Tage thatsächlich zu 300 Lire Geldstrafe verurteilt und für die Dauer eines Jahres für unfähig erklärt, öffentliche Ämter zu bekleiden. Wegen dieses merkwürdigen Urteils hat Bergamini natürlich Berufung eingelegt; er wird in der zweiten Instanz von dem Abgeordneten Prof. Ferri verteidigt werden.

**Verrohung der Jugend.** Wegen einer Revolver-Affaire hatten sich dieser Tage in Göttingen die fünf Gymnasialen Bech, Leibede, Hamel, Döring und Schwabe vor der Strafkammer zu verantworten. Sie hatten am 29. Juni bei der Geburtstagsfeier des 16-jährigen Bech sich in Bowle betrunken und felsen auf der Straße verschiedene Leute an. Als Hamel wegen verschiedener Mißthaten festgenommen wurde, holte Leibede aus seiner Wohnung einen geladenen Revolver, suchte dann den von einer Anzahl Menschen begleiteten Gefangenentransport auf und feuerte in die Menge hinein. Hamel hatte offenbar den Schreckschuh als Signal zur seiner Verletzung betrachtet; er verfeigte dem Nachtwächter blühnend einen Schlag ins Gesicht und entlam Leibede richtete nunmehr seine Waffe gegen jeden, der sich ihm näherte. Schließlich wurde er von hinten gefaßt, und bei dem Bemühen der Umstehenden, ihn unschädlich zu machen, feuerte er noch weitere vier Schüsse in den Menschenhaufen hinein. Der zweite Schuß traf den Fischer Wenzel in die Hüfte, der dritte Schuß ging dicht an dem Körper eines der Umstehenden vorbei, der vierte Schuß traf den Schneider Vorchert, der nur als Zuschauer dagestanden hatte, in die Stirne, so daß er sofort tot niederstürzte. Leibede wurde nun zu Boden geschlagen und als man auf ihm kniete, um ihm die Waffe zu entwenden, feuerte er den fünften Schuß ab, der den Nachtwächter leicht am Daumen verletzte. — Nur seine Jugend schützte den Leibede vor dem Zuchthaus; er wurde unter Beschlagung mildernden Umstände zu 5 Jahren 3 Monaten Gefängnis, Hamel zu 1 Monat und Döring zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, während Bech und Schwabe freigesprochen werden mußten.

**Gegen den Grafen Pückler-Aleu-Tschirne** ist von der Staatsanwaltschaft am Landgericht I ein neues Verfahren anhängig gemacht wegen Aufreizung zum Klassenhaß, begangen durch eine im Juli in der „Tonhalle“ gehaltene Versammlungsrede.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**China.** London, 3. September. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Peking vom 20. August: Eine englische Abteilung, bestehend aus drei Schwadronen Lancaers, zwei Geschützen, zwei Regim-geschützen und 300 Infanteristen hat heute früh im Kaiserlichen Jagdpark eine Erkundung vorgenommen und ist auf den Feind gestoßen, der in den Dorfschaften innerhalb des Parks lag. Der Feind bestand teilweise aus chinesischen Truppen, teilweise aus Vögern und war bewaffnet mit Gewehren, Speeren und Schwertern. Die Artillerie feuerte auf den Feind, der sich zurückzog. Nachdem sie fünf Dorfschaften verbrannt hatte, ging die britische Abteilung wieder zurück. Der Verlust des Feindes beziffert sich auf 80 Tote. Die Engländer hatten einen Leichtverwundeten. Der Feind wurde auf 1000 Mann geschätzt.

**Frankfurt a. M., 3. September.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Shanghai meldet, wird die „Batavia“ auf Wunsch des Konsularcorps von Shanghai sich nach Wufung begeben und dort deutsche Truppen landen, welche die Engländer und Franzosen in der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen werden.

**Washington, 3. September.** (W. T. U.) Nach einem bei dem Generalarzt aus Taku eingegangenen Bericht sind von den amerikanischen Truppen 120 Mann bei der Front und 200 Mann in Tientsin krank.

### Pest in Glasgow.

London, 3. Sept. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Antlich wird gemeldet, daß sich die Pest nach Goban verbreitet hat, wo gestern ein Knabe an der Pest starb. Es verlautet, daß in Glasgow heute drei weitere verdächtige Fälle vorgekommen sind. In einem amtlichen Bulletin wird angegeben, daß die Zahl der im Hospital behandelten Pestfälle 12 beträgt und daß sich weiter 86 Personen unter ärztlicher Beobachtung befinden.

**Frankfurt a. M., 3. Sept. (W. T. U.)** Die „Frank. Ztg.“ meldet aus Brüssel: Von verschiedenen Seiten verlautet, der König beabsichtige seine gegenwärtig nach den Azoren gerichtete Veranlagungsfahrt zu einem Besuch des Kongo auszudehnen. — Der Antwerpener „Matin“ glaubt die Gerüchte von der für das nächste Jahr beabsichtigten Abdankung Leopolds II. bestätigen zu können.

**Wien, 3. September.** (W. T. U.) Der ungarische Ministerpräsident von Szell ist heute nachmittag hier eingetroffen und hatte Besprechungen mit den Ministern Graf Goluchowski, von Körber und von Kallay.

**London, 3. Sept. (W. T. U.)** Dem Reuterischen Bureau wird aus Monbala gemeldet, daß in Uganda, namentlich im Randi-Bezirk Unruhen ausgebrochen seien. Zwischen Kampala und der Küste sei der Verkehr unterbrochen. Nach dem in Betracht kommenden Gebiet seien Truppen gesandt worden.

**Belgrad, 3. September.** (W. T. U.) Der Großindustrielle A. Deutsch ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Forderungen betragen drei Millionen Kronen. Deutsch suchte ein dreijähriges Moratorium nach. Die Gläubiger bestehen aus Budapest Bankhäusern, Wiener Es-kompturen und einer Berliner Bank.

**Belgrad, 3. September.** (W. T. U.) Die neuerdings im Ausland verbreiteten Gerüchte, dem Erlkönig Milan sei die Spanang von 300 000 Frank entzogen worden, werden als vollständig unbegründet bezeichnet.



die socialdemokratische Idee und der socialdemokratische Gedanke. (Dravo.)

Eine Diskussion findet nicht statt, der Parteileitung wird Decharge erteilt.

### Die parlamentarische Thätigkeit.

Ueber die parlamentarische Thätigkeit erstattet den Bericht Reichsrats-Abgeordneter **Neiger** (Wien) Vertreter der fünften Kurie für Böhmen. Die Thätigkeit im Parlament war nicht sehr umfassend, das ganze österreichische Parlament ist nichts wert. Das Kleinbürgertum erstirbt vor Grafenkronen und Bischofsklappen in Ehrfurcht und ist beglückt, wenn es dem Junkertum den Steigbügel halten kann. Moderne freiheitliche Ideen werden in Oesterreich niedergehalten, das Parlament ist ein getreues Spiegelbild des in Oesterreich herrschenden Morastes. Wir stehen deshalb mit leeren Händen vor dem Parteitag und der Punkt der Tagesordnung sollte besser heißen: Bericht über die unfreiwillige erzwungene parlamentarische Unthätigkeit des socialdemokratischen Verbands. Das Parlament liegt eigentlich schon seit drei Jahren im Todeskampf, vielleicht hat es nun bald andgerungen. Wir haben nichts weiter thun können, als über das Karrenhaus am Wiener Franzensring die Länge unsres Spotts auszugiechen und ein System zu geißeln, das sich noch immer konstitutionell nennt, in Wahrheit aber nichts andres ist, als der Aneinanderklapp fortgesetzter Verfassungsverträge. (Sehr gut!) Zu herber Kritik bot das Ministerium Thun Anlaß; da der § 14 sehr oft in Kraft war, konnte diese Kritik nicht oft genug einjagen. Redner geht auf die einzelnen parlamentarischen Phasen ein und charakterisiert die einzelnen Ministerien und das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Er kommt schließlich auf die bevorstehende Auflösung des Parlaments zu sprechen und sagt: Wenn ich gläubig wäre, ich würde Gott auf den Arien danken, wenn dieses Parlament zu Ende geht, denn wir haben keine Lust, wieder hineinzuziehen. Man steigt nicht gern in einen Morast. (Sehr gut!) Kommen aber Neuwahlen, so heißt es für uns dafür zu sorgen, daß der große Moment kein kleines Geschlecht finden möge. (Stürmischer Beifall.)

Nach diesem Referat tritt die Mittagspause ein.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Sonntagvormittag und der Montagvormittag wurden ausgefüllt durch die Verhandlungen über die Taktil, worüber Victor Adler referierte. Genosse **Claret**, Mitglied der Parteileitung, wirft den Vorschlag in die Debatte, den Generalstreik vorzubereiten. Dieser Vorschlag wurde von allen Seiten lebhaft bekämpft und betont, daß tüchtige Organisation im kleinen wichtiger sei wie unnütze Demonstrationen.

Genosse **Heller** beantragt, sofort eine allgemeine Agitation zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts einzuleiten, was einstimmig beschlossen wurde.

Sonntagmorgens wurde die Presse in vertraulicher Sitzung erörtert. Für Montagabend ist in der Industriehalle eine große öffentliche Versammlung geplant, in der Vollmar und Segitz sprechen sollen.

### Verfassungen.

**Die Heizungs-, Gas- und Wassermonteur- und Helfer** waren am Sonntagvormittag in Kellers großem Saal zahlreich versammelt, um den weiteren Bericht der Lohnbewegung entgegenzunehmen. **Thormann** berichtet zunächst über die Verhandlungen mit dem Verband deutscher Centralheizungs-Industrieller. Er führt etwa folgendes an: Kamenlich der Punkt 2 des Tarifs: Neueinstellende HeizungsMonteure erhalten einen Stundenlohn von nicht unter 50 bis 55 Pfennige. Neueinstellende HilfsMonteure erhalten einen Stundenlohn von 40 bis 45 Pf., Helfer einen solchen von 35 bis 40 Pf., habe zu längerer Auseinandersetzung geführt. Wenn wir aber in Betracht ziehen, daß dieses nur als Anfangslohn gilt, ferner auch nicht vergessen, daß wir erst eine ganz junge Organisation sind, dann können wir mit dem, was wir erringen haben, wohl zufrieden sein. Zu beachten ist ferner, daß, damit der Tarif auch gegenständig gehalten wird, eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Tarifkommission gewählt ist, und ersuche er die Heizungs-Monteur, dem Tarif zuzustimmen. In der sich hier anschließenden Diskussion ist Franzel der Ansicht, daß dadurch der Lohn der Monteure, die früher bereits 50 Pf. zc. hatten, jetzt reduziert sein. **Räther**, welcher zunächst das Wort ergreift, weist auf das Irriümliche des Vorschlags hin. Es heißt im Tarif ausdrücklich, daß die im Geschäft thätigen Monteure, HilfsMonteure und Helfer bei neunstündiger Arbeitszeit mindestens den Arbeitsverdienst wie bei bisher zehnstündiger Arbeitszeit haben müssen. Der Lohn würde also eine Steigerung um 10 bis 15 Prozent erfahren bezw. 5 bis 8 Pf. pro Stunde mehr ausmachen. Wenn seitens der Anwesenden die Annahme des Tarifs erfolge, dann wird dem Central-Verband deutscher Heizungs-Industrieller seitens der Orts-Verwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands die Mitteilung der Annahme zugehen und tritt der Tarif mit Montag, den 3. Sept., in Kraft, so daß am Sonnabend, den 8. September, in allen Geschäften nach dem neuen Tarif bezahlt werden muß. Um eine Kontrolle zu haben, ob den Tarifvereinbarungen nachgekommen wird, soll am Montag, den 10. September, eine Versammlung stattfinden, in welcher das Resultat festgestellt werden soll. Hiermit ist die Diskussion beendet und erfolgt die einstimmige Annahme des folgenden Lohntarifs für HeizungsMonteure und Helfer.

1. Neunstündige Arbeitszeit einschließlich Materialempfang von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit zweistündiger Pause. Diejenigen Firmen, welche als Mitglieder des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller bezw. eines seiner Lokalverbände auf eine andere Arbeitszeit verpflichtet sind, behalten diesem Beschluß gegenüber freie Hand.

2. Neueinstellende Heizungs-Monteur erhalten einen Stundenlohn von nicht unter 50—55 Pf. Neueinstellende Hilfs-Monteur erhalten einen Stundenlohn von 40—45 Pf.; Helfer einen solchen von 35—40 Pf.

Bereits im Geschäft thätige Monteure, HilfsMonteure und Helfer erhalten einen Stundenlohn, daß der bisherige Arbeitsverdienst auch bei ständiger Arbeitszeit mindestens erreicht wird. Infolge der Lohnbewegung bereits gewährte Zulagen kommen hierbei in Anrechnung.

3. Ueberstunden von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh werden als Nacharbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt, ebenso die Arbeiten an Sonn- und Festtagen, diese aber ohne Zuschlag für Nacharbeit.

4. Bei Accordarbeit wird der festgesetzte Stundenlohn geschätzt. 5. Landzulagen für Monteure 3 M. pro Tag, für Helfer 2 M. Die Landzulage wird auch bezahlt für Sonn- und gesetzliche Feiertage. Wird Kost und Logis gewährt, so treten besondere Vereinbarungen ein.

Die Reisezeit wird laut Lohnarif vergütet, jedoch ohne Zuschläge und Landzulage.

Das Fahrgehalt wird für die 3. Wagenklasse verrechnet.

6. Sobald die Arbeitsstelle 3 Kilometer vom Geschäft entfernt ist, wird das veranschlagte Fahrgehalt vergütet. Für Arbeitsstellen, welche mehr als 5 Kilometer entfernt sind, ist Fahrgehalt und Fahrzeit zu vergüten.

7. Am Zahltag findet die Lohnzahlung von 6 Uhr ab, und vor den Feiertagen von 4 Uhr ab, im Comptoir oder auf dem Bau statt. Die Wespertage fällt an diesem Tage aus.

8. Auf den Bauten ist ein verschließbarer, mit Heizvorrichtung versehener Raum zur Verfügung zu stellen.

9. Sämtliche Werkzeuge sind in gutem Zustande zu liefern, desgleichen Eimer und Kuyklappen. Hierfür erforderliche Auslagen werden vergütet.

10. Wahregelungen wegen Durchführung des Lohnarifs dürfen nicht stattfinden. (Angenommen, wenn gegenständig.)

### Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Kunnehr wird in die Beratung über den Stand der Lohnbewegung der Gas- und Wassermonteur- und Helfer eingetreten.

**Räther** berichtet, daß, nachdem die Tarifvereinbarung am 25. August dieses Jahres in Kraft getreten sei, die Junnung den Tarif dadurch gebrochen habe, daß sie im Tarif im Passus 2 den Absatz „Neu anzustellende Monteure bezw. Rohleger erhalten nach einer Karenzzeit von 14 Tagen einen Zuschlag von 15 Proz.“ gestrichen hat. Er, Redner, ist der Ansicht, daß an dem Tarif unbedingt festgehalten werden müsse, und am Montag, den 3. September, allen Unternehmern der Tarif zu unterbreiten ist. Wird derselbe nicht anerkannt, dann muß einmütig die Arbeit niedergelegt werden. Dem Verbands-Bureau haben bis jetzt 33 Firmen die Bewilligung des Tarifs mitgeteilt. Darunter auch die Firma „Deutsche Wasserwerke“. Hier erhalten die Helfer jedoch nicht den Zuschlag von 15 Proz. Auch bei dieser Firma müssen die Arbeiter Montag früh vorstellig werden und wird der Tarif nicht anerkannt, dann hat die Arbeitsniederlegung zu erfolgen.

Zweifellos sind noch weitere Bewilligungen erfolgt, worüber dem Bureau leider noch keine Mitteilung gemacht ist. In der nun folgenden Diskussion wird seitens Redners das Verhalten der Kollegen in denjenigen Geschäften scharf getadelt, die mit ihren Meistern verhandelt haben, ohne die Lohnkommission hinzuzuziehen. Ebenso sei das Verhalten der 45 Mann bei der Firma Grün, wo die neunstündige Arbeitszeit bewilligt, jedoch 10 Stunden gearbeitet wird, auf das entschiedenste zu verurteilen. Schließlich gelangte der Antrag, daß überall dort, wo der Tarif nicht in seiner Fassung anerkannt, am Montag früh die Arbeit niedergelegt wird, und jeder Rohleger und Helfer 50 Pf. pro Woche zum Unterstufungsfonds zu zahlen hat, einstimmig angenommen. Sämtliche Meldungen über Arbeitsniederlegungen sind im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, I, zu machen.

**Die Müller und Mühlenarbeiter** hielten am Sonntagmorgens eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um über die Organisationsfrage schlüssig zu werden. Von den in Berlin sehr zahlreichen Berufsgruppen waren bisher nur etwa 50 in einem Verein organisiert, der aber mit der allgemeinen Arbeiterbewegung nur schwache Fühlung hatte. **Partels-Lübeck** referierte daher über das Thema: Wie stellen sich die Kollegen zum Centralverband? Von den in Deutschland vorhandenen 50 000 Mühlenarbeitern sind nur etwa 4000 organisiert. Redner bespricht die äußerst traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Mühlenberuf, die, genau wie in den Bäderbetrieben, auf Grund einer vor 5 Jahren vom Centralverband der Müller aufgenommenen Statistik der Oeffentlichkeit übermittelte werden konnten. Die gewöhnliche Arbeitszeit beträgt 14, 16 bis 18, Dauerschichten 38 bis 40 Stunden, bei einem ermittelten Durchschnittslohn von 11,55 M. pro Woche, oder 714 M. im Jahr; in Berlin 20 bis 27 M. pro Woche. Der Unternehmergewinn dagegen betrug bei einigen Aktiengesellschaften 34 bis 40 Proz. der Gesamtsumme. Hierbei ist zu bemerken, daß die Kleinbetriebe bereits seit Jahren an Zahl zurückgehen, d. h. in einem verzwiefelten Kodeskamp mit dem Großkapital allmählich verbluten und zu Grunde gehen. In demselben Verhältnis verneigt sich die Zahl der ungelerneten Arbeiter. Diesen Umständen entspricht auch die in den letzten Jahren gesteigerte Zahl der Unfälle. Als kürzlich ein Arbeiter in der dreihelligen Arbeitsstunde verunglückte, meinte ein Herr Kommerzienrat, der Arbeiter sei betrunken gewesen. Die Beseitigung dieser Uebelstände könne nur durch eine starke Organisation erzielt werden, weshalb der Referent zum Anschluß an den Centralverband der Müller Deutschlands aufforderte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte nunmehr eine recht lebhaft besprochene, die damit endete, daß der Berliner Verein, laut einstimmigem Beschlusse, seinen Uebertritt zum Verband erklärte. Das Eintrittsgeld für die bisherigen Vereinsmitglieder wird vom vorhandenen Vereinsvermögen gedeckt, der Uebertritt der Verbands-Lasse überwiegen, wofür die Mitglieder alle Rechte der bisherigen Verbandsmitglieder erlangen. Zur Ausführung dieser Beschlüsse zc. wurden zwei Bevollmächtigte, ein Kassierer und drei Revisoren ernannt. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat nachmittags 3 Uhr im Restaurant Rautenfelstr. 9 statt.

**Die Bleigläser** diskutierten am Montagvormittag über die Aussperrung in ihrem Beruf. Nach dem Bericht, den **Hoffmann** gab, wird noch in einigen Werkstätten gearbeitet. Die Aussperrung erfolgte, wie aus einem früheren Bericht bekannt sein dürfte, weil sich vier Arbeiter weigerten, bei einem Prinzipal die Arbeit wieder aufzunehmen, bei dem sie die Arbeit niedergelegten, um nicht mit einem ihnen unsympathischen Arbeiter zusammen zu arbeiten. Das Vorgehen der Unternehmer wurde einer scharfen Kritik unterzogen und folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklart in dem Nichterscheinen der eingeladenen Arbeitgeber ein Jugeständnis ihrer ungerechten Sache. Die Lohnkommission wird beauftragt, solchen Verhandlungen einzuleiten werden, dafür zu sorgen, daß die Aussperrten für den ihnen entgangenen Verdienst entschädigt werden. Desgleichen beantragen die Aussperrten die Anerkennung ihres Arbeitsnachweises. Bei denjenigen Meistern, die sich verpflichten, aus dem Arbeitgeberverband auszutreten und keine Arbeit aus Werkstätten annehmen, wo die Gehilfen ausgesperrt sind, keine Ueberstunden während der Aussperrung leisten, können die Gehilfen weiter arbeiten. — Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die von 110 Arbeitern besuchte Versammlung geschlossen.

**Der Streik der Rifenmacher** stand am Sonnabendabend wieder auf der Tagesordnung einer gut besuchten öffentlichen Versammlung. Die Kommission empfahl die Aufhebung des Streiks, die Versammlung beschloß dagegen nach längerer Debatte, den Streik noch weiter zu führen, damit auch die Firmen Erdmann und Fugl zur baldigen Bewilligung des Tarifs gezwungen werden. Der in der vorigen Versammlung mit wenigen Stimmen gefaßte Beschluß, wonach während des Streiks keine Ueberstunden gemacht werden sollen, wurde wieder aufgehoben, so daß es also betreffs der Ueberstunden bei dem bisher geltenden Modus bleibt.

**Die Posamentierer Berlin** hielten am 24. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der zunächst unser Genosse **Liebkecht**, sowie des verstorbenen Mitgliedes **Weber** gedacht wurde. Sodann verlas der Kassierer **Schüler** die Abrechnung vom 11. Quartal. Die Gesamteinnahme betrug 271,51 M., Bestand vom 1. Quartal 111,69 M., macht zusammen 383,20 M. Die Gesamtausgabe betrug 360,48 M., somit bleibt ein Bestand von 22,72 M. Nach Aufnahme von acht Kollegen erstattete **Fritz Berger** den Bericht vom internationalen Textilarbeiter-Kongress.

Ueber den höchsten Arbeitsnachweis entspann sich eine rege Debatte. Ein Kollege aus Budapest wendete sich, daß für die Arbeitsvermittlung in Berlin ein anderes Reglement besteht als für den Central-Arbeitsnachweis für Deutschland. Ferner beschwerte sich der Kollege, daß auswärtigen Posamentierern nach Berlin keine Stellen nachgewiesen werden. Von verschiedenen Mitgliedern der Arbeitsnachweis-Kommission wurde der Kollege darüber aufgeklärt, daß die Berliner Verhältnisse eine besondere Handhabung der Geschäfte erfordern, und zwar weil in Berlin die Saisonarbeit vorherrschend ist und die Arbeit oft nur 8—14 Tage dauert, sowie auch weil die Stellen, welche den Tag über einlaufen, spätestens den folgenden Tag besetzt werden. Auch hat sich ein Mangel an Arbeitskräften hier noch nicht so bemerkbar gemacht, daß es notwendig war, auswärtige Kollegen hierher zu ziehen. Kommen jedoch Kollegen von außerhalb, so werden ihnen ebenso wie andern die Stellen der Reihe nach nachgewiesen. Auf Antrag **Hans** wurde folgender Paragraph für das Arbeitsnachweis-Reglement angenommen: „Die Anmeldung arbeitsloser Kollegen hat persönlich zu geschehen und haben Mitglieder ihr Votum vorzulegen.“ — Nach Erledigung einiger Unterstufungsangelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß am Sonntag, 2. September, eine Vorstellung in der „Urania“ stattfindet, für die Willets a 60 Pf. bis Sonnabend im Nachweis, Alte Jakobstr. 66, zu haben sind.

**Die Musikinstrumenten-Arbeiter** hielten am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus eine nur schwach besuchte öffentliche Versammlung ab. Die vor zwei Jahren gewählte Kommission, welcher die Regelung der noch vom 1896er Streik vorhandenen Ver-

pflichtungen übertragen war, erstattete zunächst Bericht über ihre bisherige Thätigkeit. Der Kostenbericht ergibt eine Einnahme von 3542,45 M., der eine Ausgabe von 3511,85 M. gegenübersteht. Von letzteren entfallen 3250 M. auf Abzahlung der vorhandenen Schuld. Weiter ist dem Bericht zu entnehmen, daß die Beteiligung an den Sammlungen eine äußerst geringe war. Nur die Kollegen in etwa 50 Betrieben haben sich beteiligt, von diesen kaum die Hälfte regelmäßig. Um die Angelegenheit schneller zu beseitigen, trat die Kommission mit den beiden Darlehensgebern in Unterhandlung. Das Resultat dieser Unterhandlung war, daß der Holzarbeiter-Verband und der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter die Schuld an die Buchdrucker, procentual ihrer Mitgliederzahl, übernehmen. Eine gleiche Regelung wird auch für die übrige Schuld stattfinden. Nur wurde von Seiten der Kommission vorläufig, um die Organisation der Musikinstrumenten-Arbeiter wieder thätig und widerstandsfähig zu machen, eine Stundung verlangt. Diesem Verlangen sagten die Darlehensgeber möglichst Berücksichtigung zu. Ueber diesen Bericht entspann sich eine lebhaft Debatte. Sämtliche Redner befürworteten die Abmachungen der Kommission. Folgende von **Markmann** eingereichte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Schuldentilgungskommission ist aufzulösen, und die Regelung den beiderseitigen vorhandenen Organisationen zu überweisen.“

An den Musikinstrumenten-Arbeitern liegt es nun, durch Eintritt in ihre Organisationen diese zu festigen und sich selbst einen Rückhalt zu schaffen. Trügen nicht alle Anzeichen, so gehen auch die Musikinstrumenten-Arbeiter einer nicht allzu rosenigen Zukunft entgegen; die wirtschaftliche Misere wird auch unser Gewerbe in arge Nothlagen versetzen. Daß die Unternehmer diesen Zeitpunkt benutzen werden, um uns in unsrer Lebenshaltung noch weiter herabzudrücken, bedarf keines Beweises mehr, das lehrt uns die Vergangenheit. Sorge daher jeder Kollege dafür, daß nicht später auf ihn der Vorwurf fallen kann, durch sein indifferentes Verhalten mit dazu beigetragen zu haben, daß unsre wirtschaftliche Lage wieder um ein Bedeutendes verschlechtert wurde.

**Im Verband der Barbier** sprach am 30. August in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung das Mitglied **Bernke** über „Unsre Forderungen“. Redner gab zunächst einen Ueberblick über Zweck und Ziele der Gewerkschaften, kritisierte die schlechte wirtschaftliche Lage der Gehilfen und betonte die Notwendigkeit einer kürzeren Arbeitszeit bei höheren Löhnen und forderte zum Anschluß an die Organisation auf. In der sehr lebhaft geführten Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten ergänzt und eine dementsprechende Resolution angenommen. In die Organisation ließen sich 22 Kollegen aufnehmen. Nachdem noch auf die im September neu eröffnete Damenfriseur-Fachschule, sowie auf das am 28. Oktober stattfindende zehnte Stiftungsfest aufmerksam gemacht wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Ueber Weltmarktpolitik** sprach unsere Parteigenossin **Emma Jherer** am 28. August in Ober-Schöneweide. Brauseader Beifall lohnte die Rednerin aus der von 700 Personen besuchten Volksversammlung namentlich an der Stelle, wo sie der bekannten Devise „Gardon wird nicht gegeben“ die Lehren der Kirche gegenüber stellte. Ein Redner unternahm es, der Referentin zu entgegen, daß der Waldsee-Triumphzug zur Sicherung des Weltfriedens notwendig wäre. Der Genossin Jherer war es ein Leichtes, diesem Gegner nachzuweisen, daß der Weltfriede erst durch Vertiefung des Socialismus möglich ist. In einer Resolution stimmte die Versammlung den Ausführungen der Referentin zu. Hierauf erstattete Genosse **Hahn** über seine Thätigkeit als Gemeindevorsteher Bericht; Genosse **Gunow** ermahnte die Versammlung, durch Anschluß an die politische Organisation und Beobachtung der Lokalliste die Interessen der Partei zu fördern. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten die Anwesenden das Andenken Liebkechts in würdiger Weise geehrt.

**Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung** tagte am Dienstag in Himmelsburg bei Weißel, Alteschmidstraße 45. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken unsres Genossen Liebkecht in der üblichen Weise. Das Referat hatte Genosse **Wiesenthal** übernommen. In fesselnder Weise schilderte er in Behandlung des Themas: „Streifzüge durch die Geschichte der Arbeiterbewegung“ die Entwicklung der Kämpfe der unterdrückten Arbeiterklasse um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. In der Diskussion erklärten einzelne Redner, daß sie nicht die großen Industrieverbände als zweckmäßig betrachten können, da die lokalen, durch Vertrauensmänner centralisierten Verbände den einzelnen Mitgliedern mehr Freiheit gewähren. Die Centralorganisationen würden mehr und mehr Versicherungsvereine, wodurch der Klassencharakter verloren ginge. Genosse **Reubert** trat dem entgegen. Der größte Fehler sei der, daß es noch immer Kollegen gebe, die das persönliche Moment in jede Versammlung tragen. Genosse **Kosentanz** erinnerte daran, daß bei dem Streit zwischen dem Textilarbeiter-Verband und dem niederheinischen Ledererverband die christlichen Verbände den laßenden Dritten gespielt haben. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Vertrauensmanns, wurde auf eine spätere Versammlung vertagt.

**Lichtenberg**. In einer Versammlung, die im Lokal von Schwarz tagte, sprach hier Genosse **Grauer** über die Vorgänge in der Gemeindevorsteher-Sitzung vom 16. August. Es handelte sich in jener Sitzung, über die wir weiter berichtet haben, vor allem um die Einführung eines Gewerbegehalts und die Frage der Stadterweiterung Lichtenbergs. Ferner war die Behandlung der Gemeindevorsteher von unsrer Vertreterin scharf getrigt worden. Nach dem eingehenden Referat über diesen Gegenstand, dem sich eine rege Diskussion anschloß, erging folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Aenderung des Schöffens Lehne, der in bezug auf die städtischen Arbeiter äußerte: „Wer seine Schuldigkeit nicht thut, fliegt raus“. Die Versammlung erwartet, daß in der Folge bei Verletzungen von im Gemeindevorsteher beschlößten Arbeitern als Strafmittel nicht die sofortige Entlassung als erstes in Anwendung komme, sondern nur als äußerst letzte Maßregel dienen sollte. Im weiteren beauftragt die Versammlung die von den Arbeitern gewählten Gemeindevorsteher, mit aller Energie für schnellste Errichtung eines Gewerbegerichts einzutreten, um den Arbeitern in gewerblichen Streitigkeiten auf schnellstem und billigstem Wege zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten verpflichten die des Arbeiterpartei angehörigen Gemeindevorsteher, in der bisherigen Weise weiter zu wirken und mit ganzer Energie für die Erwerbung des Städterechts und die Errichtung eines Krankenhauses einzutreten.

Die Versammelten verpflichten sich ferner, Protest gegen die bisherige Vorkommnisse dadurch einzulegen, daß sie Mann für Mann der hier am Orte bestehenden Organisation der Socialdemokratischen Partei beitreten und bei der kommenden Wahl ganz ihre Pflicht und Schuldigkeit thun.

**Berichtigung**. In der Nr. 202 des „Vorwärts“ heißt es in einem Bericht über die Konferenz der Zahlstellen-Vorstände der Bauarbeiter Berlin: „Kunnehr gründeten die Unternehmer einen für organisierte Arbeiter unpfaffen Central-Arbeitsnachweis.“ Dieses habe ich nicht gesagt, denn mit diesem Nachweis hat das Arbeitgeber-tum im Baugewerbe nichts zu thun. **Gustav Behrendt**.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 49. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Kolonialpolitik Frankreichs und der Socialismus. Von Paul Louis. Paris. — Zur Lage der Hamburger Hafenarbeiter. Von Otto Wagem. Was sollen die Arbeiter? Von Conrad Gamm. — Wohnungs-Debatte. Von G. Solal. — Heusler: Die Grundbesitzer von Teltow. „Kufersberg“. Von A. Kretsch.





**Lokales.**

**Eine besonders beachtenswerte Parteiversammlung** tagt am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, im Feen-Palast, Wolfgang- und Burgstrassen-Ecke. Auf der Tagesordnung steht der internationale Sozialistenkongress zu Paris und die Wahl von Delegierten zu demselben. Referent ist Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer. Der wichtige Gegenstand macht eine rege Beteiligung erforderlich, und es wird daher auf zahlreichen Besuch der Versammlung gerechnet. Die Vertrauenspersonen.

**Die Stadtverordneten-Versammlung** wird sich in ihrer am nächsten Donnerstag stattfindenden ersten Sitzung nach den Sommerferien unter anderem auch mit dem Antrag des Magistrats zu beschäftigen: die Mittel zu bewilligen, damit die ältere Hälfte des Wasserwerks am Tegeler See dergestalt umgebaut werde, daß das Wasser nicht mehr dem See, sondern dem Untergrunde entnommen wird. Außerdem soll auch das Wasserwerk am Müggelsee und zwar ebenfalls unter Verwendung von Grundwasser weiter ausgebaut werden. Diese für die Wasserversorgung Berlins sehr wichtige Veränderung des Betriebs ist wesentlich durch die Thatsache veranlaßt worden, daß der Gemeinde Reinickendorf gestattet werden soll, die nach dem Koltze-Degener'schen Verfahren gereinigten Abwässer dem Tegeler See zuzuleiten. Der Magistrat führt in der bezüglichen Vorlage aus, daß die Umwandlung der Berliner Wasserwerke, insbesondere des Werks Tegel, in eine Grundwasser-Anlage nur noch eine Frage der Zeit sei und daß auch neuerdings von Seiten der Regierung ein Druck auf die Stadt Berlin ausgeübt werde, diese Umwandlung nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der Oberpräsident hat dem Magistrat im Auftrage des Herrn Ministers unterm 19. Juli d. J. mitgeteilt, es würde für dringend geboten erachtet, daß die Stadt Berlin, wenn auch nur allmählich, mit dem Erlass des zur Speisung der städtischen Wasserwerke verwendeten Oberflächenwassers durch Grundwasser vorgehe. — Durch die beschleunigte Ausführung der für Tegel geplanten Anlage würde es sich ermöglichen lassen, schon im nächsten Sommer die Hälfte des Tegeler Werks mit Grundwasser zu versorgen. In diesem Falle würden die gereinigten Abwässer der Gemeinde Reinickendorf, wenn sie dem See zugeleitet werden sollten, keine schädlichen Wirkungen mehr auf die Wasserversorgung Berlins hervorbringen.

**Der Verwaltungsbericht der Landes-Versicherungskasse** Berlin für das Geschäftsjahr 1899, ein Band von 137 Seiten mit wertvollem statistischen Material und einer graphischen Darstellung, enthält eine Anzahl beachtenswerter Angaben. Auf den Arbeitstag kommen im Durchschnitt 288 Eingänge und 380 Schriftausgänge. Zur Bewältigung der schriftlichen Arbeiten waren 67 Bureaubeamte notwendig. Dazu kommen noch 14 Kontroll- und 9 Unterbeamte. Als Vorsitzender der Versicherungskasse fungiert bekanntlich Dr. Freund, dessen Stellvertreter Dr. Straßer ist. Außerdem besitzt der Vorstand zwei Hilfsarbeiter in einem Gerichtsassessor und einem Leiter des statistischen Bureaus. Am Schlusse des Berichtsjahres betrug die Zahl der laufenden Altersrenten 2623; sie ist gegen das Vorjahr um 28 zurückgegangen. Dagegen ist der Invalidenrentenbestand von 4468 auf 5554 gestiegen. Die Ausgaben, die durch Renten verursacht wurden, beliefen sich auf 819,618 M. An Beitragsrückstellungen wurden 97126 bewilligt, wovon 8481 Heirats- und 1231 Todes-Beitragsrückstellungen betrafen. Für diese Zwecke belaufen sich die Ausgaben auf 321,206 M. Für das Heilverfahren wurden 294,432 M. aufgewendet und die Verwaltungskosten beliefen sich auf 253,883 M. Diesen Ausgaben, abgesehen von einigen kleineren Posten, stehen an Einnahmen durch Markenerlöse 6352,006 M. gegenüber. Im ganzen Jahre wurden rund 25 Millionen Mark Renten verkauft, im Monat demnach mehr als 1/2 Million, wovon die meisten auf Klassen IV. und II. Klasse entfallen. Das Anfallvermögen ist gegen 1898 um über 7 Millionen gewachsen und hat die Höhe von rund 46 Millionen Mark erreicht.

**Unfallversicherung der städtischen Arbeiter.** Mit dem 1. Oktober d. J. tritt das Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 in Kraft. Die in städtischen Diensten beschäftigten, der reichsgesetzlichen Unfallversicherung nicht unterliegenden Personen sollen nach Gemeindebeschluß in gleichem Umfange unterstützt werden, als wenn sie jener Versicherung unterlägen. Da die neue Fassung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes wesentliche Veränderungen in der Bemessung der Leistungen vorsieht, beantragt der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung, die neuen Vorschriften entsprechend anzuwenden und zwar, sofern sie für die Beteiligten günstiger sind, auch auf die vor dem 1. Oktober 1900 eingetretenen Unfälle, über deren Entschädigung am 1. Oktober 1900 eine Entscheidung des Magistrats noch nicht ergangen ist.

**Berliner Asyl-Verein für Obdachlose.** Im Monat September nächstigen im Männer-Asyl 21,456 Personen, wovon 11,064 badeten, im Frauen-Asyl 3522 Personen, wovon 1286 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten, für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Büchsenstr. 5.

**Die Große Berliner gegen ihre Angestellten.** Ein Berichterstatter meldet: Der Konflikt zwischen den Straßenbahn-Angestellten und dem Vorstand der Pensionskasse der Großen Berliner Straßenbahn ist, da der Vorstand in eine Aenderung der festgelegten Satzungen nicht einwilligt, noch nicht beigelegt. Die letzthin erlassene Erklärung und Beitritts-Aufforderung hat nicht das geringste Resultat gehabt. Bisher haben kaum ein Zehntel der älteren Schaffner und Aufsicher die geforderte Beitritts-Erklärung abgegeben. So sind von den 400 auf dem Bahnhof Schönhauser Allee angestellten Beamten nur 16 ältere Fahrer und Schaffner der Pensionskasse beigetreten. Unter solchen Umständen erscheint die Existenzfähigkeit der Ruhegehaltskasse in Frage gestellt.

**„Die neue Gemeinschaft“**, eine freie Vereinigung, die, wie sie in ihrem Programm sagt, „freudig thätige Menschen heranzubilden will, die bestrebt sind, immerzu das Ideal von der Selbstherrlichkeit des Menschen an sich und aus sich zu verwirklichen“, hielt am Sonnabend im Vestibölensaal der Philharmonie ihre erste Festversammlung ab. Reugierige und Neugierige Sportmenschen hatten sich überaus zahlreich eingefunden; besonders glänzte das weibliche Geschlecht, das den weitaus größten Teil der Zuhörer stellte. Das Programm dieser ersten Festversammlung leitete die Duveture zum dritten Akt der „Meisterfänger“ von Richard Wagner ein; dann trat Otto Sommerhoff ein von Heinrich Hart verfasste Festgedicht vor. Julius Hart entwickelte hierauf in einer längeren Ansprache die „Weltanschauung der neuen Gemeinschaft“. Nach den Ausführungen des Redners sucht die neue Gemeinschaft, in inniger Verschmelzung von Religion, Kunst, Wissen und Leben das Reichthum und Menschheitsideal von der Vollenbung des Einzelnen und der Gesamtheit zu verwirklichen. Diese Vollenbung soll zu stande gebracht werden ohne Formen und Dogma, damit die großen Gefühle und Lebenswerte, die aus dieser Weltanschauung erwachsen, zur reichsten Entfaltung gebracht werden können. Es waren viele schöne und bildreiche Worte, die der Redner mit warmem Entzücken an eine „überaus graue Theorie“ verband. — Als zweiter Festredner tritt sodann Gustav Landauer das Wort, der die persönliche Tapferkeit des Einzelnen, der vor nichts

zurückzuckt, als erste Grundbedingung des Charakters eines „Neuen Gemeinschafts-Menschen“ hinstellt. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre hätten zur Genüge gezeigt, daß aus der großen Masse sich niemals neue Lebensformen entwickeln würden. Im übrigen pries der Redner die alten bekannnten und bereits stark verbrauchten Nahrungsmittel und Reize des Anarchismus als einzig dastehende Ware in unbedingter Konkurrenzlosigkeit an. — Das Schlusswort an die gläubig-unbläubige Gemeinde richtete als dritter Festredner Felix Holländer, der auf die Bedeutung der Festveranstaltungen als Natur- und Kulturfeste hinwies, die als Weisefeste zu betrachten seien, in denen die Erkenntnisse, Gefühle und Ideale des modernen Menschen zum Ausdruck gelangen sollten. — Jeder Redner entzete reichen Beifall. Ob hingegen die „schönen“ Worte, aus denen nur allzu häufig stark abgenutzte Phrasen herauslangen, viel Verständnis gefunden, bleibt eine andre Sache. — Erwähnt sei schließlich noch, daß verschiedene gut vorgetragene musikalische Einlagen dem Programm einen künstlerisch-festlichen Anstrich gaben und daß unter den führenden Geistern der „Neuen Gemeinschaft“ sich die Namen Hart, Dreher, Holländer und Johannes Schlaf befanden. —

**Die Kulturaufgaben leiden nicht.** Die Ungünstigkeit der Lungen-Heilstätten wird jetzt auch in der „Kerze-Korresp.“, dem offiziellen Organ der hiesigen Ständevereine, schlagend konstatiert. Ein Arzt giebt seine betrieblenden Erfahrungen wie folgt zum besten: Wenn der Arzt durch sorgfältige Untersuchung einen für die Heilstättenbewegung besonders geeigneten Fall gefunden, wenn er durch lange Unterredung den Patienten, der im Gefühl seiner Arbeitsfähigkeit nicht ausspannen will, für seine Pläne gewonnen, dann hat er die größte Wahrscheinlichkeit, daß der Antrag auf Aufnahme wegen Ueberfüllung ohne Untersuchung des Kranken abgewiesen wird. Wir liegen solche Schreiben vor, die selbst besonders geeigneten Fällen dieses Schicksal bereiten. Im vorigen Jahre konnte ich eine mäßig begüterte, für die Heilstättenbehandlung vorzüglich geeignete Kranke in keinem einzigen der einfacheren Sanatorien unterbringen; sie wurde übrigens in einem offenen Luftort erheblich gebessert. Nachdem nun in diesen Kranken eitle Hoffnungen erweckt, nachdem sie im Warten während einiger Wochen ihre Ersparnisse aufgezehrt, müssen sie, der Not gehorchend, zu ihrem schweren Verurtheilten Kommt dann nach einigen Monaten doch noch gelegentlich eine Einberufung, so sind die Krankheitserscheinungen oft so fortgeschritten, daß die Kranken nicht mehr die Durchschiebung der Voruntersuchung bestehen, oder, wenn ohne eine solche aufgenommen, die Entlassung der Anstaltsleiter wegen des „zu spät“ Erregens.

Die Lungenkranke können in dem tröstlichen Bewußtsein sterben, daß das Geld, das zur Heilung des krophischen Gefühls fehlt, zur höheren Ehre der Weltpolitik ungleich zweckmäßiger verwendet wird.

**Der Hinderlichkeitsfall der zweiten Hälfte des August** hat die Sterblichkeit in Berlin, die in der verhältnismäßig frühen ersten Hälfte des Monats bereits wieder zurückgegangen war, noch einmal und zwar recht erheblich gesteigert. In den beiden Wochen vom 5.—11. und vom 12.—18. August starben nach den jetzt vollständig vorliegenden Meldungen 820 und 828 Personen, dagegen sind für die Woche vom 19.—25. August vorläufig bereits 912 Fälle gemeldet. Auf die Kindersterblichkeit kamen in den beiden ersten Wochen 460 und 432 Fälle. Für die dritte Woche sind bis jetzt 403 Fälle gemeldet, doch wird sich diese Zahl durch Nachmeldungen noch beträchtlich erhöhen. Unter den Todesursachen waren Magen-Darmkatarrh, Diarrhoe, Brechdurchfall in der ersten Woche mit 81, 80, 205, zusammen 366 Fällen, und in der zweiten mit 60, 88, 157, zusammen 305 Fällen vertreten, dagegen in der dritten nach den bisher eingegangenen Meldungen wieder mit 93, 116, 154, zusammen 363 Fällen.

**Wird er bekräftigt?** Ein hiesiges Sensationsblatt wartet mit folgender Nachricht auf: Die Älten bezüglich der Wahl des Königsberger Bürgermeisters Brinkmann zum Bürgermeister von Berlin hat der Minister des Innern dem Civilcabinet des Königs bereits übermittelt. Herr v. Rheinbaben hat, wie wir hören, die Bestätigung dem Monarchen empfohlen. Vom Minister ist übrigens Herr Brinkmann, als er bald nach seiner Wahl Herrn v. Rheinbaben in Berlin sich vorstellte, versichert worden, daß, soweit die Entscheidung bei dem Ministerium liege, der Bestätigung seiner Ernennung nichts entgegenstehe.

**Staatliche Fürsorge.** Ueber die Beteiligung von Staatsbeamten an der Verwaltung von Konsumvereinen finden gegenwärtig genauere Erhebungen innerhalb der Dienstbereiche der verschiedenen preussischen Ministerien statt. Diese Erhebungen sind veranlaßt durch die wiederholten Beschwerden des Kaufmanns- und Handwerkerbunds über die Konkurrenz bezerrigter Vereine. Man will dem Mittelstand zeigen, in welcher fürsorglichen Weise der Staat für dessen Interessen einzutreten gewillt ist, und zu gleicher Zeit der Arbeiterschaft, welche solche Vereine begründet, die Möglichkeit des besseren Einflusses nehmen. Die hier in Betracht kommenden Subalternbeamten und staatlichen Arbeiter sprechen sich über ein derartiges Verfahren ziemlich abfällig aus. Aber was kümmert dies den Staat! Es sind ja nur Arbeiter!

**Beiträge zur Sedanfeier.** Am Sonnabend und Sonntagabend wurde wiederum, wie in den letzten Jahren an verschiedenen Stellen der Versuch gemacht, die Anschlagssäulen anzuzünden. Nur an der Ecke der Solms- und Fürbringer- und an der Ecke der Paul- und Beddingstraße glückten die Versuche. Die Feuerwehr löschte dort die Flammen sehr schnell. Daß nicht mehr Anschlagssäulen brannten, ist darauf zurückzuführen, daß auf polizeiliches Ersuchen die älteren Papiererhöfen vorher von den Anschlagssäulen entfernt worden waren, so daß nur die eine Schicht der neuesten Plakate vorhanden war, die nicht recht brennen wollten.

**Eine Feldpost nach China** geht von Berlin am Freitag, 7. September, über Brindisi mit englischen Dampfern, wozu Vriesschäften in Berlin am besten bis Donnerstag, abends, spätestens Freitag ganz früh der Post zu übergeben sind.

**Kurpflücherei.** Die Vitasfer-Gesellschaft, Berlin, Leipzigerstr. 26, hatte in Gestalt des Magnesium-Superoxyds ein neues Heilmittel gefunden, dessen angebliche Sauerstoff-Beimengung alle möglichen Krankheiten kurieren sollten. Jetzt ist wie die „Deutsche med. Wochenschrift“ meldet, das von der Gesellschaft vertriebene Präparat von einem Arzt amtlich untersucht worden. Der Schlusssatz des amtlichen Gutachtens lautet wörtlich: „Das Ergebnis der Untersuchung läßt sich dahin zusammenfassen, daß den drei Präparaten weder ein Gehalt an aktivem Sauerstoff noch an Magnesiumoxyd zugesprochen werden kann.“ Die berühmte Sauerstoff-Heilmethode heißt also ohne Sauerstoff. Die Präparate bestehen zum größten Teil aus doppelkohlensaurem Kalium und gebranntem Magnesia. Auf Grund dieses Befundes hat Dr. Wolkenmann Anzeige wegen Betrugs erstattet.

**Die Untersuchung gegen die Faltschmünzerbande Doudy und Genossen** wird in kurzer Zeit zum Abschluß gelangen, doch wird die Verhandlung voraussichtlich erst im Dezember vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kommen. Die Anklage richtet sich gegen 22 Personen. Unter den Angeklagten befinden sich auch die Brüder Wieder, die in dem Prozeß gegen den der Ermordung der Medenwald verhafteten Reisenden Reumann wegen Einbruchdiebstahle als Zeugen auftraten. Es ist möglich, daß auch Reumann in dem Faltschmünzerprozeß auf die Anklagebank kommt, da festgestellt ist, daß er mit den Brüdern Wieder im Verkehr stand und es nicht unwahrscheinlich erscheint, daß R. sich bei der Herausgabe von Faltschmünzern beteiligt hat.

**Explosion im Hauptpost-Paketamt in der Craniensburgerstraße.** Große Aufregung entstand am Sonntagmittag im Hauptpost-Paketamt. Die Paketverbindungen des soeben eingelassenen Tages Straßund-Settin-Berlin waren in der bis zur Fiegelstraße reichenden Gepäckhalle ausgeladen und wurden sortiert, als plötzlich ein gewaltiger Knall erfolgte und eine Feuerzäule bis zur Decke emporloderte. Die Postbeamten stoben auseinander und eilten nach Löschgerätschaften. Binnen weniger Minuten war die Löschthätigkeit organisiert, worauf man auch bald Herr des Feuers wurde, so daß die alarmierte Feuerwehr wenig zu thun vorband. Die Ermittlungen ergaben, daß eine von Straßund an eine Berliner Firma adressierte, mit Feuerwerkskörpern gefüllte Kiste explodiert war. Der dadurch verursachte Brand beschädigte bezw. zerstörte eine Anzahl weiterer Gepäckstücke. Ein an der Ausladung der Pakete beteiligter Beamter will dabei aus der Sprengliste aufsteigenden schwachen Rauch bemerkt, demselben aber keine Bedeutung beigegeben haben. Da der Aufgabebort der Kiste feststand, konnte der Absender telegraphisch durch die Polizei ermittelt und festgenommen werden. Bemerk sei hierbei, daß schon seit Jahren der Versand von Feuerwerkskörpern durch die Post verboten und unter Strafe gestellt ist.

**Wegen Brandstiftung** wurden Sonntagabend Bergstr. 10 der 24jährige Hausdiener Sorge und dessen Frau verhaftet. Beide sind erst seit einem Jahr verheiratet und wohnen im zweiten Stock des linken Seitengeschosses des bezogenen Hauses. Sie genossen bisher eines guten Rufes, die Frau verdiente mit durch Schreiben, so daß von einer Kollage der Leute nicht die Rede sein kann. Sonntagnachmittag 6 1/2 Uhr bemerkten Hausbewohner Rauch durch die ein wenig geöffneten Fenster der Sorgenchen Wohnung steigen. Nachbarn zertrümmerten die Thür und fanden eine wilde Unordnung in der Wohnung vor. Papier, alle Kleider und andres lag in der Stube in Haufen aufgeschichtet, während die Stube vollständig leer waren. Das Sofa stand in hellen Flammen, und ein starker Petroleumgeruch machte sich geltend. Das Feuer war bald gelöscht, doch nahm die alarmierte Feuerwehr eine eingehende Untersuchung der Räume vor, wobei sich herausstellte, daß alle Möbel und Betten mit Petroleum begossen waren. Der Verdacht lenkte sich sofort auf die Wohnungsinhaber, die kurze Zeit vor Ausbruch des Feuers noch anwesend gesehen waren. Kriminalpolizisten sagten nun vor dem Hause Postlo und luden das um 10 Uhr von einer Landpartie heimkehrende Ehepaar zu einem Besuche nach dem Polizeipräsidium ein, von wo sie nicht wiederkehrten.

**Ein großer Dachstuhlbrand**, der mehrere Fabrikbetriebe stark gefährdete, kam Sonntagmittag kurz nach 12 Uhr in der Blumenstraße 65 zum Ausbruch. Unmittelbar unter dem Brandherde befindet sich im vierten Stock des rechten Seitengeschosses die Teppichfabrik von Wenjamin und die Schürzenfabrik von Strauß u. Co. m. p., während in den Parterreräumen das Postamt Nr. 27 untergebracht ist. Da das zahlreiche Fabrikpersonal bei Ausbruch des Feuers infolge der Witterungsanliege abwesend war, wurde großes Unglück vermieden. Bei Anbruch der Feuerwehr aus der Keibel- und Köpenickerstraße lagen Straße und Hofhof in tiefem Qualm eingehüllt, so daß der eigentliche Brandherd anfangs gar nicht zu erkennen war. Erst nachdem Brandinspektor Barth zwei Dampfstrahlrohre über die auf dem Hofe aufgestellte mechanische Leiter zum Angriff vorschickte und Brandmeister Hammer zwei weitere Rohre über die Treppe dirigierte, wurde Terrain gewonnen. Die ins Feuer gelangten Wassermengen drangen durch die Decken des vierten und dritten Stock und verursachten erheblichen Schaden. Die Dampfstrahlrohre aus der Keibelstraße wurde nach einstufiger Thätigkeit zurückgezogen, um einen neuen Feuertruf zu geben, während die beiden andern Löschschläge noch bis 3 Uhr mit dem Abkühlen und Aufräumen zu thun hatten. Der ganze Dachstuhl wurde eingestürzt, auch hatte namentlich die Schürzenfabrik bedeutenden Wasser- und Feuerschaden. Die Entstehungsurache ist nicht ermittelt.

**Ein Opfer der Großen Berliner.** Infolge einer Verletzung mit dem Leitungsdraht der Straßenbahn wurde Sonntagnachmittag um 4 Uhr die Uhrmacherin Marie Rittershausen aus der Fehrbellinerstr. 1 verbrannt. Frau R. hatte auf dem Deck eines Endhängewagens der Straßenbahn Platz genommen, um durch die Große Frankfurterstraße nach dem Friedrichhof in Friedrichsfelde hinauszufragen. Etwa an der Kopenickerstraße zerbrach der Leitungsdraht, an dem die Rolle läuft, fiel herunter auf die Decke und streifte Frau Rittershausen am linken Ohr und an der linken Wange. Der elektrische Strom war so stark, daß er nicht bloß den Schleier verjagte, den Frau R. um das Gesicht gelegt hatte, sondern auch die linke Wange und das linke Ohr verbrannte. In dem Ohr hing ein goldener Ohrring. Dieser wurde durch die Verletzung des elektrischen Stroms vom dem kleinen Haken, der durch das Ohrklappchen führt, völlig abgesehen und fiel herunter, während der dünne Haken im Ohr sitzen blieb. Frau R. wurde nach der Rettungswache I gebracht, doch hat sie gefährliche Verletzungen nicht erlitten, klagte aber über Kopfschmerzen. Die durch den heruntergefallenen Leitungsdraht eingetretene Betriebsstörung konnte erst nach Verlauf einer Stunde beseitigt werden.

**Feuerbericht.** Mehrere kleine Brände sind seit Sonnabend zu verzeichnen. Zur Illumination des Sedantags wurden Sonnabendabend in verschiedenen Stadtteilen wiederum die öffentlichen Anschlagssäulen angezündet. Am Kaiserplatz waren Eisenbahn-Schwellen der elektrischen Hochbahn in Brand geraten, der aber leicht erstickt werden konnte. Kellerbrände erfolgten Keibelstraße 43 und Stromstraße 29. Betten und Möbel gingen Klopstockstraße 63 in Flammen auf. Nach der Wobitzstraße erfolgte ein Alarm, weil hier das Gras am Wohndamm Feuer gefangen hatte.

**Zur Warnung** sei folgender Unglücksfall mitgeteilt, der sich Sonntagabend in der Buchdruckerei von Oskar Dabringier in der Mauerstraße ereignete. Eine dazselbst beschäftigte Einzelgängerin kam mit einer goldenen Uhrkette, die sie auch während der Arbeit trug, mit der elektrischen Ein- und Ausschaltvorrichtung der Maschine unversehens in Verührung und stand im Nu in hellen Flammen. Nur dem schnellen Eingreifen einiger Kolleginnen, die der fast Bewußtlosen rasch die brennenden Kleider vom Leibe rissen, ist es zu danken, daß das Mädchen mit nur geringfügigen Brandwunden an einem Arm und dem Schreden, der sie einige Stunden lähmte, davonkam. Also fort mit allem Schmutz und Land bei der Arbeit!

**Von seinem Wagen überfahren** und schwer verletzt wurde am Montag, morgens um 8 1/2 Uhr, der 23-Jährige alte Künstler Jakob Bavelonski aus der Caprivistraße 5. Beim Einfahren in einen Neubau an der Eßlingerstraße wollte B. seinen beladenen Wagen besteigen. Die Pferde zogen etwas zu früh an, so daß B. nicht festen Fuß fassen konnte und herunterfiel. Das linke Vorderrad ging ihm über beide Beine, so daß er schwere Knochenbrüche erlitt und in einem Rettungswagen nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht werden mußte.

**Kindesmord?** Amlich wird gemeldet: Am Sonnabendvormittag gegen 10 Uhr wurde im Zergarten in der Nähe der Viktoriaeinde die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts, in Sackleinwand eingewickelt, aufgefunden. Da die Leiche an der linken Schläfe eine 2 Centimeter lange, scharfgeränderte, tiefe Verletzung aufweist, so ist anzunehmen, daß das Kind unmittelbar nach der Geburt getötet worden ist. Alle diejenigen, welche irgendwelche Angaben machen können, die zur Ermittlung der Mutter des Kindes z. z. führen könnten, werden ersucht, sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium, 2 Treppen, Zimmer 324, zu melden.

**Aus dem Wasser gezogen** wurde vorgestern am Gröden-Ufer die Leiche eines elegant gekleideten Mädchens von etwa 22 Jahren.

Der Tod muß schon vor einiger Zeit eingetreten sein. Die Persönlichkeit ist, da sie keine Auswärtige vorgefunden haben, vor der Hand nicht zu ermitteln. Das Mädchen hat dunkles Haar, und ist mittelgroß. Es trägt eine schwarze Jacke mit Sammetkragen, ein schwarzes Kleid, schwarze Strümpfe und braune, hohe Knöpfstiefel, ferner einen weißen, mit Sammetband durchzogenen Stetengürtel. An der linken Hand steckte ein goldener Ring mit zwei Topasen.

**Nichtagelerte Leiche.** Das Postgepräbium teilt mit: Am 25. August d. J. wurde aus dem Stadtflusen-Kanal an der Friedrichsgracht die Leiche eines etwa 20-24 Jahre alten Mannes gefischt, dessen Persönlichkeit bis heute nicht hat ermittelt werden können. Der Tote ist etwa 1,74 Meter groß, hat dunkelblondes Kopfhaar, niedrige Stirn, blonde Augenbrauen und überaus gleichmäßige Schmelzfarbe, grüne Augen, mittelgroße, etwas dicke Nase, vollständige Zähne, längliche Gesichtsbildung und schlanke Figur. Am Kinn befindet sich eine 2 1/2 Centimeter lange und am linken Unterarm eine etwa zwei Centimeter im Durchmesser große runde Narbe. Die Leiche war bekleidet mit einem weissen Hemd, rot gezeichnet J. B. oder H. B., schwarzem Oberrock-Jackett, schwarz-grau gestreifter Tuchweste, brauner Tuchhose mit hellbraunen Streifen, grauwollenen Strümpfen und gelben Strandschuhen zum Schützen. Auch befand sich in den Kleidungsstücken ein blauweiß gestreiftes und weiß punktiertes, sowie ein gelbes, am Hande weiß und rot gestreiftes Taschentuch ohne Zeichen. Alle diejenigen, welche über die Verurteilung des Toten Auskunft geben können, werden ersucht, sich bei der IV. Abteilung des Postgepräbiums, Eingang V an der Stadtbahn, Zimmer 249 zu 5516 IV 27. 00 zu melden oder an diese Dienststelle schriftliche Nachrichten einzusenden.

**Verwahrt** seien Zimmervermieter vor einem Manne namens Wilhelm Blumenfeld, der sich als Vertreter einer Dresdener Firma ausgibt. Er mietet an verschiedenen Stellen möblierte Zimmer und versucht dann, von den Vermietern Darlehen zu erlangen. In einem Pensionat in der Wallnertheaterstraße hat er sich, nachdem er drei Tage dort gewohnt, mit einer Pensionärin „verlobt“, der er dann ihre Ersparnisse abzuschwindeln versuchte.

**Strasenspernung.** Die Dresdenerstraße von der Alten Jakobstraße zur Pringsstraße wird behufs Kaphalterung vom 3. September ab bis auf weiteres für Fußverkehr und Reiter gesperrt.

**Metropol-Theater.** Der Mandarin von Tsing-ling-ling heißt das Lustspielstück, mit dem die Direktion Richard Schulz die Wintersaison am Sonnabend eröffnet hat. Es war aktuell und entsprach dem Geschmack vieler Leute, daß diebald China daran glauben mußte. Welches Land gäbe der Phantasie des Farbenspielers auch wohl mehr Anregung zu bizarren, harmonischen Gestaltungen als das himmlische Reich im Osten? Und die Phantasie der Herren Baruch u. Co. verdient ungeschämtes Lob; sie haben aus Selbste und Blüthenzweigen ein Wunderwerk der Farbenkomposition geschaffen, deren zarter Glanz in hundert Erscheinungen auch das verwöhnte Auge blendet. Selbst standen den Herren Verfasser Maschinen- und Beleuchtungseffekte in Ueberflusse zur Seite, gewiß konnten sie auch in ihrem ureigenen Bereich aus dem Vollen wirtschaften; aber es ist doch ein Unterschied, ob sich das Schauprägnis als aufdringliche Prozedur gibt, oder ob in verständiger, klug berechneter Steigerung die Pracht mit Geschmack austritt. Und der Reiz muß es den Verfassern lassen, das war am Sonnabend der Fall. Besonders verdiente Bewunderung fanden der von Herrn Steinberger gespielte Held des Stückes und seine sechs niedlichen Töchter, ebenso Herr Steiner als verleideter Prinz und Fräulein Beorgette als Gaullerin; das Fräulein Frid-Frid, die diebald als chinesische Wächterin-Ramsell erschien, vorzüglich abgemitt, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Der hellste Glanz des Abends schien aber selbstverständlich auf Valletti hernieder, das namentlich in der Schlussparodie sich des reichlich gespendeten Beifalles voll und vollständig zeigte.

Wo alles aus dem Vollen ging, hatte man auch so etwas wie eine Handlung zu dem Stück verfaßt. Das Herkommen will es einmal so. Die Handlung war dürftig und gequält, wenn sie auch ihren Verfertiger manchen Schweißtropfen gekostet haben mochte; sie schien nur vorhanden zu sein, um ihre Ueberflüssigkeit zu beweisen. Die benötigten Couplets machten sich zum Teil leiblich, die Schläuer waren von ehrwürdigem Alter; die von Herrn Einödhofer zusammengestellte Musik gab sich als anspruchslos, ihren Zweck erfüllende Gelegenheitsarbeit.

**Der Große Preis von Deutschland** in dem am Sonntag auf der Charlottenburger Bahn abgehaltenen Rennen ist dem Franzosen Jaquelin zugefallen. Mit prächtigem Antritt übernahm der bekannte Rennfahrer erst in der Ziellinie die Spitze, gefolgt von Meyers, Arnd und dem Engländer Green, der vorher den vergeblichen Versuch gemacht hatte, dem Felde davonzulassen. Außer den 4000 M., die neben den 1000, 500 und 250 M. für die vorher noch genannten Sieger als Preis ausgesetzt waren, heimte Jaquelin einen mächtigen Lorbeerkränzen ein. Vor dem Entscheidungslauf gab es in den drei Zwischenläufen und dem Beschleunigungslauf ein heißes Ringen. Namentlich der zweite Lauf übertraf durch die dortigen über seine Konkurrenten Hester, Elegard und Tomafelli einen hübschen Sieg erzielt. Einige außerhalb des großen Preises stehende Rennen waren ohne Belang.

**Die Reptilienausstellungen des Berliner Aquariums** sind großen durch zwei Arten vervollständigt worden, von denen die eine völlig neu ist, die zum erstenmal lebend eingeführt ist, die andere eine seit Jahren offene Lücke ausfüllt. Die erstere stellt sich als eine zu der formenreichen Gruppe der Skink oder Wühl-Eidechsen zählende australische Gattung, nämlich als die dem Kapitän White zu Ehren benannte White'sche Sandeidechse vor. Der fröhliche Bau des vierfüßigen Säugetiers, seine glanzvolle Bekleidung und das hübsche, im allgemeinen absonderliche, mit weichen Lipfeln behenden gezeichnete Gesicht machen diese Gattung zu einer köstlichen, schönen Erscheinung; sie ist nahezu 1/2 Meter lang. Die zweite Species verdankt das Aquarium Herrn Nittmeister, A. D. Hertog, der dieselbe in acht großen und harten Exemplaren verschiedener Färbung aus Festsitzland bei der ungeschicklichen Grenze mitbrachte. Es ist eine nahe Verwandte unserer giftigen Kreuzotter, die im südlichen Europa besonders heimlich und vor ihren nördlichen Schwärmern durch einen demartig aufgerichteten Halszapfen auf der Schnauzenspitze ausgezeichnete Sandotter oder „Kaiserviper“, welche Fingeln und Besagenden dem Fischlande vorzieht und sich von Kräusen nährt.

### Aus den Nachbarorten.

**Der Banfpekulation** soll binnen kurzem der schöne Park der Schloßbrauerei zu Schöneberg zum Opfer fallen. In der ganzen Stadt Schöneberg befindet sich neben der bekannten Dorfane nur ein öffentlicher Platz, im vornehmsten Stadttel gelegen, umrahmt von Brunnhäusern, in denen nur Angehörige der oberen Zehntausend ihr Domizil aufzuschlagen vermögen. Sonst sieht man hier weiter nichts wie Straßen und Häuser, Häuser und Straßen. So wenig Eigentum an Land besitzt die Kommune, daß man kaum ein größeres städtisches Institut bauen kann, ohne die Hilfe der Banfpekulation zu benutzen. Der „weitausholende Blick“ des früheren Amtsvorstehers reichte nicht so weit, um in dieser Beziehung die kommunalen Interessen Schönebergs etwas mehr zu fördern; hatte er doch genug damit zu thun, die Zusammenkünfte der Arbeiter und ihre Betätigung auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete zu überwachen!

Jährlich, jährlich arbeiten jetzt eine Anzahl angesehener Bürger der jungen Stadt daran, dem vornehmen Wesen den früheren Botanischen Garten zu erhalten, wahrscheinlich sind aber diese Mühen umsonst. Auch das Terrain der „Großen Berliner Straßenbahn“ in der Hauptstraße, welches zur Errichtung eines öffentlichen Parks andererseits war, verfiel dem Grundstückswucher. Die Ausflüchte für die Errichtung eines solchen schwinden immer mehr und mehr. Viel wird gesprochen und geschrieben von den großen hehren Aufgaben einer Kommune in hygienischer Hinsicht, und — wenig gethan. In der Schloßbrauerei wäre, wie man uns schreibt, vielleicht eine Mög-

lichkeit für die städtischen Körperlichkeiten gegeben, begangene Fehler teilweise gut zu machen. Aber es muß bald gehandelt werden.

**Die neue Kleinbahn von Nixdorf nach Mittenwalde** wird, wie nunmehr bestimmt feststeht, am 15. September d. J. eröffnet werden. Die 27 Kilometer lange Bahn nimmt ihren Anfang beim Bahnhof Hermannstraße der Berliner Ringbahn und hat weitere Haltestellen in Belg, Budow, Rudow, Schönfeld, Groß-Kienitz, Grünendorf und Mittenwalde. Die Fahrt von Mittenwalde—Hermannstraße wird eine Stunde 12 Minuten währen. Nach dem den Behörden eingereichten Fahrplan werden zwischen Nixdorf und Mittenwalde 4 gemischte Züge verkehren, welche von Mittenwalde um 6.30, 10.20, 8.40 und 7.8 abgehen. Die Ankunft der von Nixdorf um 8.10, 12.40, 5.16 und 8.44 abgehenden Züge wird in Mittenwalde um 9.22, 1.52, 6.28 und 9.59 erfolgen.

**Ein Eisenbahn-Unfall**, wobei drei Fahrgäste leichte Verletzungen und der Lokomotivführer und der Feizer nicht bedeutende Brandwunden erlitten, hat sich am Sonntagvormittag auf dem Bahnhof in Zehlendorf zugetragen. Es wird darüber berichtet:

Den Veranlassung der Unfälle, der um 9 Uhr 37 Minuten in Zehlendorf eingelaufen war, hatten die Fahrgäste bereits verlassen, der Zug sollte gerade umgekehrt werden, um von der andern Seite des Bahnhofs nach Berlin zurückzufahren. In diesem Augenblick näherte sich der Potsdamer Vorortzug der Wannseebahn auf demselben Geleise, das kurz vor der Bahnhofshalle eine Krümmung macht, die auf etwa 120 Schritte den Einblick in die Halle verhindert. Dagegen steht die Signalstange für das Personal der von Berlin kommenden Züge so, daß bei richtiger Handhabung ein Mißverständnis nicht eintreten darf. Mit dieser Stange war das Zeichen „Halt“ für den Potsdamer Zug gegeben, von dem Maschinenführer Biegler und dem Feizer freigegeben, wie gemeldet wurde, nicht beachtet worden. Der Zug, der auf dem Bahnhof leer hielt, konnte noch nicht umkehren wegen des aus Wannsee zu erwartenden Zuges, der sonst die Durchfahrt gesperrt hätte. Der Potsdamer Zug fuhr nun auf den leerstehenden Zug auf. Der Anprall war so stark, daß die Maschine auf den Gepäckwagen des Leertzugs hinaufsprang, so daß sie das Dach der Bahnhofshalle, durch ihre Kraft nach oben getrieben, gewissermaßen springend durchschlug und im Niederfallen den Packwagen zertrümmerte. Nun drückten noch die Personenzüge nach, so daß drei von ihnen quer über das Geleise geworfen und zertrümmert wurden, während von den übrigen die Puffer abbrachen, Achsen aufstiegen und die Schienen in Splinter gingen. Von dem Leertzug wurde außer dem Packwagen der nächste schwer beschädigt. Drei Personen, ein Feizer, der Sohn eines Quaders und eine Frau aus Zehlendorf, die in dem vordersten Wagen gesessen hatten, erlitten leichte Quetschungen, Abwärtigungen und Wunden durch Glasplitter. Lokomotivführer Biegler und Feizer freigegeben hatten die Geistesgegenwart nicht verloren und waren auf ihren Plätzen geblieben, bis die einprorgelnden Flammen sie zwangen, sich über die aufgetürmten Wägen hinweg zu retten. Dabei wurden sie leicht an Händen und Kopf verbrannt. Der Verkehr mußte bis zum Abend auf der Seite der Unfallstelle ruhen und wurde in Sonderzügen vom Potsdamer Hauptbahnhof aus bewältigt.

**Leichenfund.** Am Sonnabend wurde aus dem Hundelehnen-See eine männliche Leiche gefischt; der Selbstmörder hatte sich einen Zettel angeheftet mit der Angabe: 20 Mark Belohnung demjenigen, der meinem Bruder Lehmann die erste Anzeige bringt, daß ich als Leiche gefunden bin.

**Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich am Sonntag auf dem Steinweg-Werkstättenplatz vor E. Kämpfer am Tempelhofer Weg in Schöneberg. Auf das zum Arbeitsplatz führende Anschlußgeleise der Potsdamer Bahn sollte ein mit Steinmaterialien beladener Güterzug geschoben werden. Die Stellung der Weiche mußte der junge Weichensteller R. besorgen. Als die Lokomotive die Weiche passierte, sprang deren Rungel in die frühere falsche Stellung zurück, infolgedessen die Kolbenstange der Weiche zurückschlug und R. mit solcher Gewalt an den Kopf traf, daß er bestimmungslos zu Boden fiel. R., dem die Kinnlade und die Schädeldecke zertrümmert worden war, wurde nach dem Krankenhaus am Urban befördert.

**Ein rätselhafter Leichenfund** wird aus Friedrichshagen gemeldet. Zwischen den Wasserwerken und der Försterei wurde vorgestern die völlig unbekleidete Leiche eines 16 bis 18 Jahre alten Mädchens mit hellblondem Haar aus dem Müggelsee an das Land gespült. Die Leiche zeigt an der Stirn eine blutunterlaufene Stelle, die von einem Schläge herzuführen scheint. Die Kleider der Toten wurden nicht gefunden. Die Polizei ist der Ansicht, daß ein Verbrechen vorliegt.

## Gerichts-Beilage.

**Mittelhandbreitung.** Einen erbitterten Kampf gegen die Rabatt-Sparvereine und deren Lieferanten führt der Centralverein selbständiger Gewerbetreibender im Osten. Als ein Opfer dieses Kampfes stand gestern der Kaufmann Richard Sims unter der Anklage des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Centralverein hat eine Nahrungsmittel-Kontrolle eingerichtet, die sich insbesondere auf die von den Lieferanten der Rabatt-Sparvereine verkaufte Butter bezieht. Der Angeklagte, ein junger Anfänger, gibt auch auf Butter Rabattmarken und ist mit dem Centralverein in einen für ihn verhängnisvollen Konflikt gekommen. Eine Beauftragte des Vereins hatte in verschiedenen Geschäften Butterproben gekauft, die mit dem Namen des betreffenden Kaufmanns versehen und versiegelt wurden. In einer solchen, angeblich aus dem Geschäft des Angeklagten herrührenden Probe hat der Gerichtschreiber Dr. Wischoff 20-25 Proz. Margarinezusatz festgestellt. Bei dem Angeklagten erschien dann ein Mitglied des Centralvereins, hielt ihm vor, daß bei ihm Milchbutter verkauft worden sei, und empfahl ihm, sobald als möglich aus dem Rabatt-Sparverein auszuscheiden. Es kam darüber zu Unterhandlungen mit dem Centralverein, die zu einem Ausgleich nicht führten. Der Vorsitzende des Centralvereins ließ alsdann ein gegen den Angeklagten gerichtetes Flugblatt drucken und im Osten verbreiten, worin derselbe des wissentlichen Verkaufes von Milchbutter beschuldigt und das Publikum von diesem nachdrücklich gebrandmarkt wurde. Der Angeklagte in Kenntnis gesetzt wurde. Der letztere erwiderte durch ein Flugblatt und führte die gegen ihn unternommene Aktion auf Konkurrenzneid zurück, der Centralverein erlies aber darauf hin nochmals ein gegen den Angeklagten gerichtetes Flugblatt. Die Folge dieses Kampfes ist, wie Rechtsanwalt Leopold Meyer gestern dem Schöffengericht verriet, die gewisse, daß der Angeklagte seine ganze Kundschaft und dazu auch noch fast seine ganze Habe verlor, durch und durch verbrochen wurde und sein Geschäft in Berlin ganz aufgeben mußte. Die jetzige Anklage ist eine weitere Etappe in diesem Kampfe. Der Angeklagte bestritt die Butterverfälschung und behauptete, daß er stets die ihm von größeren Händlern gelieferte Butter der sogenannten Sammelprobe unterworfen habe. Auch habe die Marktpolizei, welche kurze Zeit vorher bei ihm kontrolliert habe, keine Milchbutter bei ihm vorgefunden. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten des fahrlässigen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz für überführt und beantragte 50 M. Geldstrafe. Der Verteidiger bestritt dagegen die Unverlässigkeit der Einführerin des Centralvereins, welche an jenem Tage eine ganze Anzahl von Proben in ihrem Korb gehabt habe. Ein Irrtum sei unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen. Dazu kommt, daß, als Dr. Wischoff die von dem Angeklagten gekaufte Butter untersuchte, die Hülle derselben ein anderes Siegel zeigte, als ursprünglich verwendet sein soll. Die Behauptung des Angeklagten, daß er seine volle Schuldigkeit gethan,

um sich von der Güte der von ihm bezogenen Butter zu überzeugen, sei durch nichts widerlegt. Der Gerichtshof war derselben Ansicht und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Wenn der Kaufmann Sims auch nicht verurteilt worden ist, so sind doch die eigentlichen Praktiken des Centralvereins selbständiger Gewerbetreibender aufgedeckt und damit gerichtet worden. Das ist auch immerhin schon etwas.

## Vermischtes.

**Die Pestepidemie in Glasgow** hat bereits ein weiteres Opfer gefordert. Eine junge Frau, deren Wohnung in einer Straße liegt, die an die Verfalligkeit grenzt, wo die ersten Pestfälle vorliefen, ist an der Pest gestorben. Nachbarn waren durch den süßen Geruch aufmerksam geworden, erbrachen die Thüre der Wohnung und fanden die Frau tot im Bett; ihre Mutter lag fast bewusstlos auf dem Boden. — Auch aus Konstantinopel wird das Vordringen der Pest gemeldet. Dort hat der Oberste Sanitätsrat infolge der beiden Pestfälle auf dem Schiffe „Niger“ der Messageries Maritimes, welches von der syrischen Küste nach der türkischen Hauptstadt gekommen war, eine ärztliche Untersuchung für Provenienzen von der syrischen und kleinasiatischen Küste angeordnet. Von den Passagieren des „Niger“, die in Konstantinopel ausgeschifft wurden, sind über dreißig Personen unaufrichtig, die vorgezeichnete sanitätspolizeiliche Ueberwachung derselben kann demnach nicht ausgeübt werden. Wegen der Art des Schiffes, welcher das Anftreten der Pest unter den Passagieren nicht rechtzeitig gemeldet hat, ist eine Untersuchung angeleitet. Unter den Vorentscheidungen, welche der „Niger“ nach Konstantinopel brachte, befanden sich auch solbare Seidenstoffe, die als Geschenke für den Sultan bestimmt waren. Die betreffenden Pakete sind zum großen Schrecken der Umgebung des Sultans nach Südbizaklos gebracht und verbrannt worden.

In einer Depesche aus Glasgow heißt es, Dr. Russell, das medizinische Mitglied der städtischen Verwaltungsbehörde, spreche sich dahin aus, daß bei den Pestfällen im Hospital zu Glasgow zwei Klassen zu unterscheiden seien, nämlich nicht allzu schwer Erkrankte und solche Kranke, deren Zustand kritisch sei und die wohl an der furchtbaren Krankheit sterben würden. Vom gesundheitlichen Standpunkt aus sei diese Unterscheidung das größte Unglück, welches über Glasgow während der letzten hundert Jahre hereingebrochen sei, aber er glaube, daß, dank des jetzigen Stands der medizinischen Wissenschaft und der Hygiene die Pest keine solchen Verheerungen mehr anrichten könne, wie dies bei Cholera und Blattern der Fall gewesen sei.

**Ein Eisenbahnunglück** hat sich am gestrigen Sonntag auf der Philadelphia and Reading Railroad ereignet. Ein mit Ausflüglern besetzter Zug stieß bei der Station Hatfield auf einen aus Milchwagen bestehenden Zug und zertrümmerte den letzteren. Bei dem Zusammenstoß wurden 15 Personen getötet und etwa 40 verwundet.

**Die Diskontobank von Rombach** hat infolge der Krise in der Baumwollindustrie ihre Zahlungen einstellen müssen. Ein Direktor der Bank erlösch sich, nachdem er unverrichteter Sache aus Paris zurückgekehrt war, wo er finanzielle Unterstützung zu finden hoffte. Dieser neue Krach trifft meistens kleine Händler und Beamte, die ihre Ersparnisse bei der Bank hinterlegt hatten.

## Marktpreise von Berlin am 1. September 1900

nach Ermittlungen des h. V. Präsidiums.

1) Weizen, gut D. Gr.	15,65	—	—	Kartoffeln, neue, D. Gr.	6	—	4
— mittel	—	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	—	1,20
— gering	—	—	—	— do.	1,20	—	1,10
2) Roggen, gut	14,75	—	—	Schweinefleisch	1,80	—	1,10
— mittel	—	—	—	Ratbfleisch	1,60	—	1,10
— gering	—	—	—	Hammelfleisch	1,80	—	1,20
3) Gerste, gut	15,40	14,90	—	Butter	2,80	2,20	—
— mittel	14,80	14,40	—	Eier	60 Stück	4	—
— gering	14,30	13,90	—	Karpfen	1 kg	2,40	1,10
4) Hafer, gut	16,10	15,20	—	Kale	—	2,80	1,20
— mittel	15,10	14,20	—	Hande	—	2,60	1,20
— gering	14,10	13,20	—	Hedde	—	2,20	1,20
Milchtrüb	7	6,82	—	Barische	—	1,80	0,80
Ölen	7,20	5,10	—	Schleie	—	2,50	1,20
Größen	40	25	—	Biele	—	1,40	0,80
Speiseölen	45	25	—	Rebhe	per Schock	20,00	2,50
Wäulen	70	30	—	—	—	—	—

1) ab Bahn. 2) frei Wagen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 3. September.** Getreide. Der Getreidemarkt eröffnete in sehr feiner Haltung, die sich jedoch im wesentlichen auf Roggen beschränkte. Besonders in effektiver Ware entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft. Am Frühmarkt legte der Kriteil 1,50 M. höher ein. Auf Grund der morgens effektuierten umfangreichen Vorkäufe in inländischem und nordwestlichem Roggen wurden mittags Abgaben auf Lieferungen vorgenommen, wodurch die erzielten höchsten Preise 0,75 M. wieder einbüßten. Weizen lag demgegenüber sehr still, im Preise nur schwach behauptet, da die Septemberanlieferungen schwer unterzubringen waren und das Ausland keinerlei Anregung bot. Mais blieb fest trotz einiger Offerten türkischer Provenienz. Dagegen lag ruhig. Neue Ware ist aus Pommern zu haben. Mühlbi. Spiritus unbeeinträchtigt. Wer loco 51 R.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

**G. G.** Es wird Chortalklösung, Satzstare oder in Wasser aufgelöstes Klebefalz empfohlen. Inwieweit durch dies Verfahren das Papier angegriffen wird, wird nicht mitgeteilt; aus eigener Erfahrung können wir darüber leider nichts mitteilen.

**Chaux de Fonds.** Ja. Es war unmöglich, die ganze Fülle der Depeschen zu verzeichnen.

**G. S. Grünberg.** 1. Unbeschränkt, soweit der Schuldner des Lohnes nicht zu seinem und seiner Familie notwendigen Unterhalt bedarf. 2. Es ist polizeiliche Erlaubnis erforderlich. 3. Ja. 4. 28. Dezember. — 1900. Kommen Sie in die Sprechstunde. — M. S. Sie kann Unterstutzung beantragen, wenn der Sohn sie unterhalten hat. Der Anspruch ist bei der Gemeindeförderung anzumelden. — G. S. 64. 1. Bei monatlicher gemieteten Dienstboten am 15. zum 1., sonst 6 Wochen. 2. Soweit das Mädchen Aufwendungen für seinen Unterhalt machen muß, kann es einen angemessenen Betrag — etwa 75 Pf. bis 1 M. täglich — erhalten verlangen. — 3. 3. 9. Nein. — C. S. 333. Die Einreichung der letzten Lohnungstragliste genügt in der Regel. — Hagen 13. Kinder unter 14 Jahren ja. — M. S. 70. 1. Nein. 2. Ja. Ihre Ansicht bezüglich des Preises stimmt, Sie vergessen aber § 11 des Sozialistengesetzes. 3. Formell wegen des letzteren Grundes. Et verhalte jedoch durch absichtliches Bedenken einer öffentlichen Verleumdung eine ernste Verhandlung zwecks Gewisses seiner Unschuld zu propagieren. Man ignorierte jedoch gekümmert diese Verleumdung. 4. Tendenzmärchen. 5. Von Heine — Russland. Ihren Paß brauchen Sie nur bei einer Reise nach Rußland. Gut Reise nach einem der andern in Betracht kommenden Länder ist er unnützig. Ausgestellt wird er durch das Postgepräbium. — S. S. 1006. 1. Nein, aber zweifelsfrei. 2. Nein, aber rationell. —

## Witterungsübersicht vom 3. September 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe in m)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (u. G. u. G. u. G.)	Stationen	Barometer (Höhe in m)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (u. G. u. G. u. G.)
Stettin	761	SW	7	wollos	13	Haparanda	760	—	—	bedeckt	3
Danzig	765	—	—	wollos	12	Reiersburg	749	SE	1	bedeckt	13
Berlin	762	SE	5	bedeckt	13	Sost	774	—	—	wollos	14
Frankf./M.	767	R	4	bedeckt	13	Aberdeen	771	SE	1	bedeckt	9
München	767	R	5	Regen	11	Paris	—	—	—	—	—
Wien	762	SW	2	Regen	10	—	—	—	—	—	—

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 4. September 1900.** Nachts kühl, am Tage etwas wärmer, vorwiegend bedeckt bei gleichmäßig nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Witterungsbureau.